



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

138. Sitzung, Montag, 11. März 2002, 14.30 Uhr

Vorsitz: *Martin Bornhauser (SP, Uster)*

Verhandlungsgegenstände

3. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2002

Antrag des Regierungsrates vom 12. September 2001, die Nachträge vom 19. Dezember 2001 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 7. Februar

2002 **3889a** Seite 11508

Verschiedenes

- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Erklärung von Alfred Heer zu einem Artikel im «Tages-Anzeiger» vom 11. März 2002* Seite 11516
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 11560

Geschäftsordnung

Ratspräsident Martin Bornhauser: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

11508

3. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2002

Antrag des Regierungsrates vom 12. September 2001, die Nachträge vom 19. Dezember 2001 und geänderter Antrag der Finanzdirektion vom 7. Februar 2002 **3889a**

Fortsetzung der Detailberatung

Konto 8100, Hochbau (Globalbudget)

Antrag der Finanzkommission
Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung
alt: Fr. - 46'488'200
neu: Fr. - 45'988'200
Saldoverbesserung Fr. 500'000

Antrag der Kommission für Planung und Bau
Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung
alt: Fr. - 46'488'200
neu: Fr. - 44'988'200
Saldoverbesserung: Fr. 1'500'000

Reduktion der gewünschten zusätzlichen Vollzeitstellen sowie Verminderung des Sachaufwands durch weniger perfekte Projektbearbeitung und Personalausgleich der natürlichen Abgänge bei anderen Amtsstellen.

Minderheitsantrag Bruno Grossmann, Ernst Bachmann, Ernst Brunner (in Vertretung von Ueli Kübler), Hans Frei und Hans-Heinrich Heusser (KPB)

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung
alt: Fr. - 46'488'200
neu: Fr. - 43'288'200
Saldoverbesserung: Fr. 3'200'000

Reduktion des Aufwands um 5 Prozent ohne Zinsen und Abschreibungen. Reduktion des Personal- und Sachaufwands (bei 306 Stellen)

wurden neu 12 Stellen geschaffen), wenn notwendig durch Anpassung der Anzahl Projektbearbeitungen.

Minderheitsantrag Felix Müller, Thomas Hardegger, Ueli Keller, Ruedi Lais, Werner Scherrer (in Vertretung von Willy Furter) und Peter Stirnemann (KPB)

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. - 46'488'200

neu: Fr. - 46'238'200

Saldoverbesserung: Fr. 250'000

Verzicht auf zwei der vier beanspruchten Stellen (gemäss Vorschlag der Baudirektion vom 10. Januar 2002 an die KPB)

Bruno Grossmann (SVP, Wallisellen): Eine Minderheit der KPB beantragt Ihnen eine Kürzung des Globalbudgets um 3,2 Millionen Franken. Die Saldoverbesserung soll durch eine Aufwandsreduktion um 5 Prozent – dies aber ohne Abschreibungen und Zinsen – erfolgen.

Die Aufwandsreduktion kann auch hier durch die Anpassung der Anzahl Projektbearbeitungen beeinflusst werden. Dadurch handelt es sich nach unserer Meinung um einen globalbudgetkonformen Reduktionsantrag – liebe FDP, hören Sie gut hin –, da wir nämlich die Leistungsindikatoren beeinflussen. Wir lassen der Regierung eine Reduktion der Projekte offen und verzichten auf Leistung zu Gunsten einer Aufwandsreduktion. Bei zirka 500 Projekten von 50'000 Franken bis 3 Millionen Franken, 50 Projekten zwischen 3 und 20 Millionen Franken und 35 Projekten über 20 Millionen Franken muss die geforderte Reduktion möglich sein.

Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag der KPB zuzustimmen.

Felix Müller (Grüne, Winterthur): Auch im Bereich des Hochbauamtes hat die Baudirektion ihre Absichten und Projekte, ihre Arbeit ziemlich detailliert offen gelegt.

Es ist auch hier so, dass aus den Reihen der SVP nicht konkret gesagt werden konnte, wo zu viel Arbeit geleistet werde, wo zu viele Projekte in Angriff genommen und welche Arbeiten überflüssigerweise auch noch gemacht werden. Das hat dann dazu geführt, dass die SVP – wie

sie es eben genau gehört haben – einfach wieder eine pauschale Kürzung will, ohne zu prüfen, was genau dahinter steckt, obwohl die Baudirektion in einem Schreiben detailliert aufgelistet hat, wie die Situation in ihrer Direktion aussieht.

Auf Grund der aktuellen Situation hat die Baudirektion der KPB zugestanden, dass zwei Stellen im Hochbauamt nicht besetzt werden müssen, weil Projekte sich verzögern, respektive noch nicht in Angriff genommen werden. Weil die Baudirektion selbstständig keine Anträge stellen kann, haben wir es von einer Minderheit her als richtig erachtet, diesen Antrag in der KPB aufzunehmen und Ihnen zu beantragen, dem Ansinnen der Baudirektion, 250'000 Franken einzusparen, in diesem Budget Rechnung zu tragen – entgegen dem ursprünglichen Antrag der Regierung – und dieses Entgegenkommen zu würdigen, indem wir diesen Antrag zu einer Kürzung von 250'000 Franken annehmen.

Ueli Keller (SP, Zürich), Präsident der Kommission für Planung und Bau: Die Mehrheit der KPB beantragt Ihnen, den Saldo der Laufenden Rechnung des Globalbudgets um 1,5 Millionen Franken zu verbessern. Die Begründung dazu lautet: Reduktion der gewünschten zusätzlichen Vollzeitstellen sowie Personalausgleich der natürlichen Abgänge bei anderen Amtsstellen.

Unerfreulich ist, dass nebst diesem einen Antrag der KPB noch ein anders lautender der FIKO vorliegt. Er liegt Ihnen vor, ohne dass das eigentlich vorgeschriebene Differenzbereinigungsverfahren durchgeführt worden wäre. Da zu diesem Kürzungsantrag der FIKO auch keine Begründung bekannt gegeben wurde, gehe ich nicht weiter darauf ein.

Zu der vorliegenden Begründung der KPB-Mehrheit «Minderung des Sachaufwands durch weniger perfekte Projektbearbeitung» erlaube ich mir noch eine persönliche Bemerkung anzubringen: Als praktizierender Architekt ist es mir in den letzten zwanzig Jahren selbstständiger Tätigkeit bisher nicht vorgekommen, dass ein Auftraggeber mich zu einer weniger perfekten Projektbearbeitung aufgefordert hat. Dafür gibt es wohl vor allem zwei mögliche Erklärungen: Entweder hat man meine Projektbearbeitung bisher schon als so unperfekt eingeschätzt, dass sie nicht noch weiter eingeschränkt werden sollte, oder aber alle meine bisherigen Auftraggeber sahen in einer weniger perfekten Pro-

jektbearbeitung trotz sehr grossem Kostendruck ganz einfach nie ein Sparpotenzial. Ich überlasse es Ihnen zu entscheiden, welche der beiden Erklärungen naheliegender ist und welche Auswirkungen dies auf Ihren Entscheid zum Budget des Hochbauamtes hat.

Ulrich Isler (FDP, Seuzach): Wir haben es in diesem Rat bereits gehört: Die Konjunkturprognosen sind nicht eben günstig. Namentlich Umfragen im Baugewerbe deuten auf eine Abkühlung hin.

Basierend auf dieser Beobachtung ist es nicht ohne weiteres nachvollziehbar, dass das Hochbauamt 14 zusätzliche Vollzeitstellen, zehn davon unter dem Titel «Zunahme Bautätigkeit» budgetiert. Das sind doch immerhin jährlich wiederkehrende Personalkosten von zirka 1,5 Millionen Franken. Bei 1200 Mitarbeitern in der Baudirektion sollten in der heutigen Situation natürliche Abgänge und Fluktuationen in anderen Abteilungen durch entsprechende Leute oder Spezialisten ersetzt werden.

Selbstverständlich würden wir es auch akzeptieren, wenn die eine oder andere Projektbearbeitung etwas weniger perfekt erfolgen würde. Ueli Keller, ich wurde gerade letzte Woche darauf hingewiesen, dass bei einer Projektbearbeitung eine einfache Handskizze genügt im Gegensatz zu einer computerunterstützten Präsentation. Mit dieser etwas einfacheren oder etwas weniger perfekten Projektbearbeitung kann der Sachaufwand um relativ bescheidene 500'000 Franken reduziert werden. Dies umso mehr, als der Rechnungsabschluss des Hochbauamtes in den letzten Jahren regelmässig mit positiven Zahlen abgeschlossen hat. Man hat allerdings immer wieder gesagt, dies sei wegen zurückgestellter Projekte erfolgt, aber das wird auch in Zukunft so sein.

Aus Gründen der Ausgewogenheit und der objektiven Güterabwägung mit den anderen Direktionen, hat die Finanzkommission deshalb den Antrag der KPB reduziert, also von den von Ueli Keller erwähnten 1,5 Millionen Franken auf 500'000 Franken. Wir von der FDP haben nach einer ausgiebigen Diskussion beschlossen, dass wir den Antrag der FIKO unterstützen werden.

Roland Munz (SP, Zürich): Im Hochbauamt wurde tatsächlich Bemerkenswertes geleistet. Was andernorts möglicherweise noch bevorsteht, ist hier bereits umgesetzt. Die Effizienz konnte deutlich gesteigert werden.

gert werden. In der Kundenbeurteilung schneiden die Leistungen bei der Abwicklung von Bauvorhaben mit gut bis sehr gut ab. Auch der Kostendeckungsgrad in der Immobilienbewirtschaftung konnte massiv gesteigert werden und beträgt heute über 85 Prozent gegenüber noch rund 75 Prozent im Jahr 2000.

Gleichzeitig nahmen bei gleichem Personalbestand die Amtsstellen-Projekte deutlich zu. Insbesondere bei den grossen und damit aufwändigen Vorhaben, konnten Zunahmen verzeichnet werden. Wir sind deshalb der Ansicht, man dürfe auch als verantwortungsbewusster Arbeitgeber, aber auch als Dienstleister, als Kanton die engagierten Mitarbeitenden im Hochbauamt nicht immer weiter zu immer mehr Leistung anhalten, ohne aber Gegenleistung bereitzustellen. Dies ist in der Vergangenheit möglicherweise gemacht worden. Heute aber, nach den Rezessionsjahren, muss man endlich wieder zu anständigen Verhältnissen zurückkehren. So ist es denn nicht mehr als angemessen, wenn wir auch dem Hochbauamt dringend benötigte zusätzliche Stellen bewilligen können.

Wer wie die SVP auf der einen Seite fordert, die Bewilligungsverfahren auch im Baubereich – um ein Beispiel zu nennen – seien zu beschleunigen, wer zu Recht darlegt, für das Gewerbe seien lange dauernde Verwaltungsabläufe in der wirtschaftlichen Entwicklung der Betriebe ein Problem, der soll dann aber sicher nicht auf der anderen Seite dort den Rotstift ansetzen, wo es genau darum geht, Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um Verwaltungsabläufe effizienter zu gestalten. Wer dies trotzdem tut, handelt einerseits widersprüchlich und andererseits auch verantwortungslos dem Kanton gegenüber, den kantonalen Angestellten gegenüber, aber auch gegenüber dem Gewerbe und schliesslich gegenüber jeder einzelnen Bürgerin und jedem einzelnen Bürger, die dann unter ineffizienteren Behörden leiden müssen.

Möglicherweise kann ich der SVP auch etwas unter die Arme greifen, denn schliesslich fordert Christoph Blocher – vielleicht glauben Sie ihm ja eher als mir, selbst wenn er nach Ihren neuesten Aufzeichnungen im «Zürcher Bauer» langsam immer mehr nach links abzudriften scheint –, dass die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung gerade bei Verwaltungsabläufen wieder verbessert werden müssen, damit der Bürger freier arbeiten und leben kann. Nun, wer hier A sagt, muss auch B sagen, denn gute Standortbedingungen sind

nur dann zu bekommen, wenn die zuständigen Organe auch mit den nötigen Stellen besetzt werden können.

Wir stehen jetzt im dritten Monat dieses Jahres, ohne dass die zusätzlichen Stellen bewilligt sind, also ohne dass die Leute eingestellt wurden. Wir geben gerne auch zu, dass im Einzelfall anstehende Projekte durchaus auch noch etwas hinausgeschoben werden könnten. Deshalb machen wir Ihnen beliebt, dem Antrag der Regierung Folge zu leisten. Durch die zusätzlich zurückgestellten Stellen in den ersten drei Monaten und das Zurückstellen gewisser Projekte können bestimmt 250'000 Franken eingespart werden. Darüber hinaus gehende Anträge, insbesondere der völlig überrissene Antrag der SVP, sind jedoch abzulehnen, da sie verantwortungslos sind und schlussendlich nicht nur den Kanton, sondern auch das Gewerbe schwächen und der Bürgerin und dem Bürger eine ineffizientere Verwaltung bescheren.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Dieser Antrag auf Reduktion dieser Position um eine halbe Million Franken, beziehungsweise Verbesserung des Budgets um diesen Betrag, ist das Ergebnis vertiefter Abklärungen mit der Baudirektion. Es ist zwar nur ein Drittel der ursprünglichen 1,5 Millionen Franken, welche die Sachkommission beantragt hat, ermöglicht jedoch noch die Bearbeitung der pendenten nötigen Projekte.

Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag zuzustimmen. Der Antrag auf eine Reduktion um nur 250'000 Franken ist zu bescheiden und abzulehnen, ebenso der übertriebene Kürzungsantrag von 3,2 Millionen Franken, beziehungsweise 5 Prozent.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass diese Verbesserung zwar nur gut 1 Prozent der Position ist, aber immerhin einiges mehr, als nur 1,5 Promille bei einer anderen Direktion, wo die SVP sich sehr gewehrt hat. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag auf Kürzung von 500'000 Franken.

Regierungsrätin Dorothee Fierz: Wir haben uns bereits in der Vorberatung in der KPB bemüht, Transparenz herzustellen in Bezug zum Kürzungsantrag von 3,2 Millionen Franken. Es ist mir ein Anliegen, dem Plenum noch einmal vor Augen zu führen, was es heisst, wenn wir diesen Sparauftrag umsetzen müssen.

Es gibt keine andere Möglichkeit als eine Entlassung von 27 Personen im Hochbauamt. Das weiss die KPB und das weiss ab jetzt auch der Rat. Damit wird auch ganz klar, dass wir Grossprojekte nicht mehr weiter bearbeiten können. Als prominentes Beispiel muss ich hier das Polizei- und Justizzentrum erwähnen. Wir werden gezwungen sein, die Weiterbearbeitung der Planungsarbeiten zu sistieren, denn ohne Personal können wir diese nicht umsetzen. Das ist keine Drohung, das ist eine Realität! Wir müssen jene Projekte sistieren, die noch in einem Bearbeitungsstand sind, in dem sie sich sistieren lassen. In der Fülle grosser Projekte oder sehr vieler kleiner Projekte haben wir eine Mehrheit, die wir im Bearbeitungsstand nicht mehr beeinflussen können.

Ein anderer Punkt ist die Denkmalpflege. Die Denkmalpflege macht nicht nur Verschönerungsaktionen. Sie hat eine Fülle von Baubewilligungsgesuchen zu bearbeiten – Gesuche, die im Zusammenhang mit denkmalgeschützten Objekten stehen. Ich bin davon überzeugt, dass es im Interesse der Investoren, der Grundeigentümer und der Gesuchsteller liegt, diese Gesuche möglichst rasch behandelt zu haben. Ich mache hier kein Geheimnis. Die Denkmalpflege leidet schon heute unter den Sparmassnahmen der letzten Jahre. Ich habe auch der KPB nachgewiesen, dass wir im Moment in der Denkmalpflege einen Pendenzenberg von 200 unerledigten Gesuchen haben. Gleichzeitig und aus den gleichen Kreisen, die hier Kürzungsanträge unterstützen, bekomme ich dann wieder Schreiben mit Bitten um eine möglichst effiziente Behandlung dieser Gesuche – oder ich kann es auch anders sagen – Reklamationsschreiben, dass die Bearbeitungsdauer zu lange sei. Ohne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Denkmalpflege kann ich auch diesen Auftrag nicht erfüllen.

Der Vorschlag von Ulrich Isler, einen Personentransfer von einem Amt ins andere zu machen, ist ja gut gemeint. Ich habe mich bemüht, unter verschiedenen Anläufen in der Kommission die Systematik zu erklären, dass jedes Amt sein eigenes Globalbudget mit seinem eigenen bewilligten Personaletat hat und dass es auch finanztechnisch nicht geht, Transfers von einem Amt ins andere vorzunehmen. Ich kann also nicht bewilligte Personalkredite aus dem AWEL oder aus dem Tiefbauamt ins Hochbauamt transferieren.

Nun noch zum Vorwurf, das Hochbauamt stocke Personal auf: Wir stellen so viele Leute ein, wie unser Auftragsvolumen verlangt. Sinkt das Auftragsvolumen, dann gebe ich intern die Weisung hinaus, un-

besetzte Stellen bei Fluktuation nicht zu besetzen. Dieser Verhalten basiert auf Vertrauen, und zwar vor allem auf Vertrauen gegenüber dem Parlament. Ich denke, es ist in Ihrem Sinn und Geist, dass wir, wenn es die Vorzeichen ermöglichen, nicht alle bewilligten Stellen besetzen. Aber dann müssen wir auf das Vertrauen aufbauen können, dass wir mit der entsprechenden Aufstockung wieder an Sie gelangen können, wenn das Auftragsvolumen da ist. Wenn Sie uns dies verweigern, dann muss sich niemand wundern, wenn sich plötzlich auch die Verwaltung weigert, die Stellenbesetzung flexibel vorzunehmen. Es kann nur in Ihrem Interesse sein, bei ausgewiesenem Auftragsbestand auch hier eine Aufstockung wieder gutzuheissen.

Wir haben nun März. Ein Viertel des laufenden Jahres ist bereits vorbei. Gewisse Projekte haben wir verzögert, einzelne Neueinstellungen, die sich aufdrängen, noch nicht getätigt. So ist es der Baudirektion auch möglich, die 250'000 Franken, die wir in der Vorberatung angeboten haben, wirklich einzusparen.

Wenn Sie heute 500'000 Franken beschliessen – und wenn ich so in die Reihen schaue, dann denke ich, wird das ein mehrheitsfähiger Antrag sein –, dann können wir unsere Kernaufgaben noch erfüllen. Alles, was darüber ist, führt zu spürbaren Einschränkungen auch im Investitionsbereich, denn wir haben nicht beliebig eigene Aufgaben zu erfüllen. Wir arbeiten für die einzelnen Direktionen, wir bauen Spitäler, Schulen und so weiter. Und wenn zum Beispiel ein Umzug der Kantonsschule Riesbach nach Oerlikon vom Rat beschlossen wird – das war vor wenigen Wochen der Fall –, dann haben wir zeitgerecht die geeigneten Räume in geeigneter Form zur Verfügung zu stellen. Also kurz gesagt, wir haben wenig Entscheidungsspielraum, was wir jetzt im Investitionsbereich umsetzen wollen und was nicht.

Die KPB weiss um die Not. Die KPB weiss auch um die hohe Effizienzsteigerung im Parlament. Auch die SVP-Fraktion hat diese Effizienzsteigerung sehr lobend anerkannt und sogar zugesagt, dass eine höhere Effizienzsteigerung nicht mehr möglich sei. Deshalb bitte ich Sie, auch in Kenntnis dieser ganzen Zusammenhänge, pragmatisch vorzugehen und hier nicht einen Mittelentzug vorzunehmen, den wir dann nicht umsetzen können.

Ratspräsident Martin Bornhauser: Es liegen fünf Anträge vor. Das bedingt vier Abstimmungen. Ich stelle zuerst die beiden Minderheits-

11516

anträge einander gegenüber. Den obsiegenden Minderheitsantrag stelle ich dem Antrag der KPB, wiederum den obsiegenden dem Antrag der FIKO und am Schluss den obsiegenden dem Antrag der Regierung gegenüber.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Felix Müller wird dem Minderheitsantrag Bruno Grossmann gegenübergestellt.

Der Kantonsrat stimmt dem Antrag Felix Müller mit 59 : 58 Stimmen zu.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Felix Müller wird dem Antrag der Kommission für Planung und Bau gegenübergestellt.

Der Kantonsrat stimmt dem Antrag der Kommission für Planung und Bau mit 79 : 61 Stimmen zu.

Abstimmung

Der Antrag der Kommission für Planung und Bau wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt.

Der Kantonsrat stimmt dem Antrag der Finanzkommission mit 102 : 58 Stimmen zu.

Abstimmung

Der Antrag der Finanzkommission wird dem Antrag des Regierungsrates gegenübergestellt.

Der Kantonsrat stimmt dem Antrag der Finanzkommission mit 100 : 60 Stimmen zu. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf 45'988'200 Franken.

Die Detailberatung wird unterbrochen.

Erklärung von Alfred Heer zu einem Artikel im «Tages-Anzeiger» vom 11. März 2002

Alfred Heer (SVP, Zürich): In einem Artikel im «Tages-Anzeiger» von heute macht mir Daniel Schneebeli folgenden Vorwurf – ich zitiere: «Nach dem Motto ‹der Kunde ist König› oder ‹die Kasse hat

Vorrang» verkaufte Fredi Heer das Laptop, und zum Überlisten der universitären Finanzkontrolle händigte er dem Herrn Professor zwei Rechnungen aus. Nachdem er kassiert hatte, erwachte in Fredi Heer aber sofort der Steuergeld-Überwachungstrieb.»

Ich halte Folgendes dazu fest: Dieser Sachverhalt ist frei erfunden. Weder ich noch meine Firma haben einen Laptop an irgendeinen Uniprofessor oder an ein Institut geliefert und dafür zwei Rechnungen ausgestellt. Ebenso haben weder ich noch meine Firma jemals zwei Rechnungen an irgend jemanden für einen Laptop ausgehändigt. Ebenso haben weder ich noch meine Firma Geld für einen solchen Laptop von einem Uniprofessor oder einem Uni-Institut einkassiert.

Fortsetzung der Detailberatung

Konto 8200, Kantonale Fernwärmeversorgung (Globalbudget)

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8300, Raumordnung und Vermessung (Globalbudget)

Minderheitsantrag Hans Frei, Ernst Bachmann, Ernst Brunner (in Vertretung von Ueli Kübler), Bruno Grossmann und Hans-Heinrich Heusser (KPB)

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. - 10'961'700

neu: Fr. - 10'261'700

Saldoverbesserung: Fr. 700'000

Reduktion des Aufwands um 5 Prozent ohne Zinsen und Abschreibungen. Das Schwergewicht liegt bei der Reduktion von Personal- und Sachaufwand und Senkung des Investitionsbedarfs. Generelle Kürzung des Globalbudgets als Folge eines inakzeptablen Vorschlags 2002.

Hans Frei (SVP, Regensdorf): Beim ARV geht es auch darum, dass bei einem 11-Millionen-Budget schlussendlich das Ausgabenwachs-

tum überprüft werden muss und wir nicht darum herumkommen, auch hier dieses kritisch zu hinterfragen.

Wir konnten in der Detailbesprechung mit dem ARV feststellen, dass hier sehr gute Arbeit geleistet wird. Wir dürfen auch hier feststellen, dass diese Arbeiten sehr weit vorangeschritten sind und dass die Nachführung über Investitionen weiter voraus ist als letztlich vorgesehen ist gegenüber dem KEF. Die Investitionen, die dafür getätigt werden, haben auch ihre Folgekosten und haben dazu geführt, dass sich diese Kosten im ARV niederschlagen. Wir wollen festhalten, dass auch hier unter dem Druck des Ausgabenwachstums reduziert werden soll, schlussendlich diese Ausgaben oder Investitionstätigkeit überprüft werden.

Im Weiteren können wir feststellen, dass beim ARV – dort ist auch das Geografische Informationssystem GIS untergebracht – dieses mittlerweile kostendeckend arbeitet; das wurde in den vergangenen Vorjahren kritisiert. Hier wurde der Kostendeckungsgrad im Vorjahr noch nicht erreicht; das wurde korrigiert. Aber wir können feststellen, dass Leistungen, die vom GIS erbracht werden, eben auch ihre Auswirkungen haben und entsprechende interne Verrechnungen Jahr für Jahr zusätzlich um rund 200'000 Franken zugenommen haben.

Auch hier kann man nicht einfach zusehen, sondern diese Dienstleistungen müssen hinterfragt werden, ob sie zum heutigen Zeitpunkt richtig sind in diesem Umfang, zu beziehen über das GIS-Zentrum.

Wir haben bei diesem 11-Millionen-Aufwand eine Kürzung von rund 700'000 Franken beantragt. Wir empfehlen Ihnen, diesen Antrag zu unterstützen. Auch im ARV ist es möglich, in diesem Umfang eine Kürzung umzusetzen.

Ueli Keller (SP, Zürich): Ich bitte Sie, zusammen mit der Mehrheit der Kommission Planung und Bau, dem Antrag um eine lineare Kürzung des Aufwands um 5 Prozent, wie die Minderheit das vorschlägt, nicht stattzugeben und stattdessen dem Antrag der Regierung zu folgen.

Peter Stirnemann (SP, Zürich): Wir lehnen diesen Minderheitsantrag der SVP als unqualifiziert ab. Auch wenn hier schwerpunktmässig Sach- und Personalaufgaben angeführt werden, eine generelle Kürzung, also «Rasenmäherkürzung» – es steht ja auch: generelle Kür-

zung des Globalbudgets als Folge eines so genannten inakzeptablen Voranschlags – lehnen wir ab. Es ist ein unsinniger Antrag.

Wir haben ja eben gehört, wie Hans Frei die sehr gute Arbeit des ARV hier hervorgehoben hat und wir konnten uns selber überzeugen, wie diese Arbeit aussieht, insbesondere beim GIS-Zentrum, beim Geografischen Informationssystem, wo Vermessungsdaten, Gebäude-daten von Bauprojekten, Bauvorhaben gesammelt, konzentriert, archiviert werden; Daten, die von den Gemeinden kommen und dort für einen raschen Zugriff aufbereitet werden. Das war sehr überzeugend, was wir dort gesehen haben. Es geht dabei darum – und die Wirkung geht in die Richtung, die ja auch die SVP will und immer gefordert hat –, dass die Baubewilligungsverfahren beschleunigt werden können, wenn diese Daten rasch und gut zur Verfügung stehen und einheitlich aufgearbeitet sind. Es geht also auch um Entlastung der Gemeinden, dass diese nicht auch noch Datenarchive führen müssen. Es ist also eine sehr sinnvolle Arbeit, die da geleistet wird und die nun durch diesen «Rasenmäherantrag» torpediert und paralyisiert würde.

Ich bitte Sie, diesen Minderheitsantrag abzulehnen und doch auch dafür zu sorgen, dass das ARV die benötigten Mittel bekommt, welche es für seine sinnvolle Arbeit braucht.

Ulrich Isler (FDP, Seuzach): Wir haben tatsächlich das Budget des ARV sehr sorgfältig angeschaut und ausserordentlich strenge Massstäbe angesetzt, als wir diesen Kürzungsantrag eingebracht haben. Aber nachdem wir nach einer objektiven Güterabwägung dieses Problem mit der Finanzkommission im Detail besprochen haben, ist die FDP-Fraktion zusammen mit der FIKO zum Schluss gekommen, dass sie auf diesen Kürzungsantrag verzichten möchte.

Regierungsrätin Dorothee Fierz: Es ist richtig, dass man die Aufwandsveränderungen von Jahr zu Jahr betrachtet, aber es ist auch wichtig und richtig, dass man sagt, wodurch diese verursacht worden sind.

Sie haben 1,1 Millionen Franken Veränderung gegenüber dem Vorjahr festgestellt. Diese 1,1 Millionen Franken setzen sich zusammen aus 510'000 Franken zusätzlichen Zinsen und Abschreibungen und aus 590'000 Franken zusätzlichen Personalkosten gemäss Vorgabe, das heisst ohne zusätzliche Stellen. Das sind die beschlossenen

Lohnmassnahmen, die Teuerung, die durch den Gesamtingerungsrat für die gesamte Verwaltung beschlossen worden ist. Das ARV hat also überhaupt nichts dazu beigetragen, dass diese Aufwandsteigerung so ausgewiesen werden muss.

Wenn wir nun einen Sparauftrag erhalten von 700'000 Franken, dann können wir ihn nur im Bereich Sachaufwand umsetzen.

Das ARV ist ein kleines Amt. Die Position Sachaufwand weist 5,2 Millionen Franken aus. Rechnen Sie selber, was das heisst, wenn bei einem derart kleinen Budget ein Sparbeitrag von 700'000 Franken erbracht werden muss. Dann müssen wir bei den Projekten ansetzen – Projekten, die für den Kanton Zürich wichtig sind. Das wissen Sie und das wissen wir. Ich denke an das Aufzeigen der raumplanerischen Konsequenzen im Zusammenhang mit dem Fluglärm und dem «Lärmzonenplan», der jetzt erarbeitet wird. Das sind ganz wichtige Entscheidungsgrundlagen, die Sie und wir benötigen, um dann politische Artikulation zu finden, wenn es um das neue Betriebsreglement geht. Es geht aber auch um das Gebäude- und Wohnregister, um das Fixpunktnetz und noch viele andere Projekte.

Sie müssen sich im Klaren sein, wenn Sie diesen Kürzungsantrag von 700'000 Franken unterstützen, dann bremsen oder verunmöglichen Sie sehr wichtige Projekte im ARV für den Standort Zürich.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Hans Frei wird dem Antrag der Regierung, der FIKO und der KPB gegenübergestellt.

Der Kantonsrat beschliesst mit 99 : 53 Stimmen, dem Antrag der Regierung, der FIKO und der KPB zuzustimmen.

Konto 8400, Tiefbau (Globalbudget)

Minderheitsantrag Toni W. Püntener (KEVU)

Globalbudget, Ausgaben Investitionsrechnung

alt: Fr. - 415'700'000

neu: Fr. - 332'700'000

Verbesserung: Fr. 83'000'000

Senkung der Leistungsvorgaben Fertigstellung Nationalstrassen von 92,5 Prozent auf 85 Prozent (VA 2002), entspricht Rückstellung der Arbeiten für den Bau der N 4 Knonauer Amt (23 Millionen Franken) und Sistierung von laufenden Bauarbeiten an der Westumfahrung Zürich (60 Millionen Franken).

Toni W. Püntener (Grüne, Zürich): Die Grünen haben beantragt, bei den Investitionen des Tiefbauamtes 83 Millionen Franken zu streichen.

Eine Randbemerkung: Die Baudirektion hat in der Kommissionsberatung den eigenen Indikator für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes als ungeeignet bezeichnet. Darum kommt der grüne Kürzungsantrag wie ein HRM-Antrag daher mit der Nennung von konkreten Vorhaben. Obwohl Globalbudgets schon einige Jahre in Betrieb sind, gibt es also noch immer untaugliche Indikatoren. Wenn der Kantonsrat tatsächlich die Budgethoheit haben soll, braucht es dringende Indikatoren, mit denen der Rat tatsächlich steuernd eingreifen kann. Oder sind wohl New Public Management und Globalbudget nicht demokratieverträglich?

Weil die inhaltliche Diskussion über diesen Antrag im Wesentlichen bereits beim Strassenfonds stattgefunden hat, ziehe ich diesen Minderheitsantrag zurück.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Ich möchte dem Vorredner nur sagen: Man sollte endlich nach Jahrzehnten demokratische Entscheide akzeptieren. Wir warten im Säuliamt seit über vierzig Jahren auf unser Teilstück, seit der Ablehnung der «Kleeblatt-Initiative» im Jahr 1990 zwölf Jahre. Der Spatenstich ist erfolgt, die Arbeiten wurden begonnen. Etwas, worüber abgestimmt wurde, das eine Mehrheit gefunden hat und bei dem die Arbeiten begonnen wurden, sollte man auch zu Ende führen. Akzeptieren Sie das endlich!

Ratspräsident Martin Bornhauser: Der Antrag ist zurückgezogen. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt.

Somit ist der Budgetposten 8400 in der vorliegenden Form genehmigt.

11524

Konto 8500, AWEL (Globalbudget)

Minderheitsantrag Regula Ziegler-Leuzinger, Esther Arnet, Toni W. Püntener, Peter Stirnemann und Sabine Ziegler (KEVU)

alt: Fr. - 90'977'500

neu: Fr. - 92'177'500

Saldoverschlechterung: Fr. 1'200'000

Ref. No 20, Abfall: Es werden so viele Grundstücke beziehungsweise belastete Standorte überprüft, damit der Kataster der belasteten Standorte nach Bundesrecht möglichst rasch erstellt werden kann.

Minderheitsantrag Lorenz Habicher, Hans Badertscher, Adrian Bergmann, Ernst Brunner und Lorenz Styger (KEVU)

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. - 90'977'500

neu: Fr. - 89'777'500

Saldoverbesserung: Fr. 1'200'000

1. Erweiterte zeitliche Terminierung

- a) Sicherheitsüberprüfung bei Stauanlagen bis 2009
- b) Stärkung MINERGIE-Umbaubereich bis 2004
- c) Kantonales Förderungsprogramm § 16 EnG bis 2003
- d) Prüfung Pflichtlagerhaltung bis 2004

2. Vermehrung attraktiver aquatischer Erholungsräume sowie Vermehrung und Vernetzung aquatischer Lebensräume auf Stand 2001 reduzieren.

Regula Ziegler-Leuzinger (SP, Winterthur): Die SP und die Grünen beantragen zusätzliche 1,2 Millionen Franken ins Budget einzustellen, um die Umsetzung des Verdachtsflächen-Katasters in den Altlastenkataster optimal voranzutreiben. Der finanzielle Bedarf liegt fürs Jahr 2002 bei 3,6 Millionen Franken. Samt Rückstellungen stehen für diese Aufgabe aber lediglich 2,4 Millionen Franken zur Verfügung. Gemäss Bundesverordnung hat der Kanton Zürich die Verpflichtung, die Überführung des Verdachtsflächen-Katasters in den Altlastenkataster bis Ende 2003 abzuschliessen – bei total 11'000 Standorten, die zu überprüfen sind, eine Herausforderung, die wir so nicht

hinkriegen. Denn nicht nur die finanziellen Mittel sind beschränkt, sondern auch die internen und externen Fachkräfte, welche diese Arbeit ausführen können. Wenn wir aber nur begrenzt Fachkräfte zur Verfügung haben, ist es logisch, dass wir dieses Potenzial jedes Jahr wenigstens zu 100 Prozent ausnutzen. Gerade dies ist aber nun nicht der Fall. Wir nutzen dieses Potenzial nur zu zwei Dritteln aus.

Wir bitten auch Sie darum, dem AWEL für diese ökologisch wertvolle Aufgabe die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese annähernd termingerecht gemäss Bundesverordnung ausgeführt werden kann.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Der Antrag, um den es sich handelt, ist eigentlich eine schon reduzierte Forderung. Ursprünglich wollten wir von der SVP-Fraktion eine lineare Kürzung von 3 Millionen Franken im Globalbudget AWEL vornehmen. Leider wurden lineare Kürzungsanträge in der KEVU nicht zugelassen. So mussten wir uns umsehen, wie wir diese Einsparungen anbringen können.

In der Diskussion in der Sachkommission wurden ganz klare Forderungen aufgestellt und die genannten 1,2-Millionen-Franken-Reduktionen sind zusammengekommen. Bei einem Budget von 90 Millionen Franken sollte es eigentlich möglich sein, diesen kleinen Betrag einzusparen.

Dieser Antrag beinhaltet auch eine Disziplinierung des Kantonsrates. Es werden nämlich durch diesen Rat beschlossene Ausgaben-Rahmenkredite gekürzt. Das heisst, sie werden in einen erweiterten, einen gestreckten zeitlichen Rahmen gestellt. Ich muss hier deutlich darauf hinweisen, dass keine Aufgaben des AWEL völlig gestrichen oder verhindert werden. Durch die angespannte finanzielle Situation muss sich das AWEL aber mit einem neuen Zeithorizont abfinden, das heisst eine neue klare Priorisierung der Projekte und eine Abstützung auf vorhandene Ressourcen ohne zusätzlichen Personalaufbau.

Ich bitte Sie, unterstützen Sie unseren Minderheitsantrag!

Zum Minderheitsantrag Regula Ziegler: Wir wissen alle, dass die Bundesverordnung nicht erfüllt werden kann. Sie kann mit den 1,2 Millionen Franken und auch ohne diese 1,2 Millionen Franken nicht erfüllt werden. Ich glaube, es wäre schlecht eingesetztes Geld, wenn wir zum heutigen Zeitpunkt diese kosmetische Einlage für eine Verbesserung der Erstellung eines Katasters über belastete Standorte ein-

führen würden. Ich glaube, der Minderheitsantrag Regula Ziegler ist zum heutigen Zeitpunkt verfehlt und bringt nichts. Bitte lehnen Sie ihn ab.

Esther Arnet (SP, Dietikon), Präsidentin der Kommission für Energie, Umwelt und Verkehr: Beim AWEL liegen nun also zwei unterschiedliche und auch ein Stück weit gegensätzliche Minderheitsanträge vor. Zuerst zum Minderheitsantrag Lorenz Habicher, der eine Verbesserung von 1,2 Millionen Franken vorsieht. Dieser Antrag war zuerst, wie Lorenz Habicher erläutert hat, in anderer Form eingereicht worden. Das AWEL solle dort sparen, wo es am wenigsten weh tue, war die Begründung. Es war also kein Antrag zur Effizienzsteigerung, wie er andernorts eingereicht wurde. Die KEVU – und ich schliesse mich dieser Haltung ausdrücklich an – ist den Antragstellern wirklich dankbar, dass sie sich aufzuzeigen durchgerungen haben, wo sie in diesem Globalbudget effektiv sparen wollen.

Das Sparpotenzial sieht die Minderheit in einer Streckung des Terminplanes in verschiedenen Bereichen: Stauanlagen, Förderung von MINERGIE, kantonales Förderungsprogramm beim Energiegesetz und so weiter. Der Antrag ist somit korrekt und konnte in der KEVU auch inhaltlich so diskutiert werden.

Die Mehrheit der KEVU ist der Ansicht, dass es sich um wichtige Aufgaben des AWEL handelt, die nicht gekürzt werden sollen. Insbesondere beim kantonalen Förderungsprogramm gemäss Energiegesetz und bei der Förderung der MINERGIE-Standards bestand bisher Konsens, dass der Kanton Zürich eine aktive Rolle übernehmen solle. Bei der Sicherheit der Stauanlagen und der Prüfung der Pflichtlager wollte eine Mehrheit ebenfalls keine Kürzung vornehmen. Die KEVU empfiehlt Ihnen daher, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Dann zum Thema Altlasten. Das Thema Altlasten hat die KEVU in letzter Zeit stark beschäftigt. Die Bundesverordnung schreibt den Kantonen vor, dass Ende 2003 ein Kataster der belasteten Standorte vorliegen muss. Das ist sozusagen der Nachfolger unseres Altlasten-Verdachtsflächen-Katasters. Baudirektorin Dorothee Fierz und ihre Fachleute legten der KEVU dar, dass dieser Zeitplan bei weitem nicht eingehalten werden könne. Anlässlich der Verlagerung erklärte man der Kommission, dass der bundesrechtskonforme Kataster erst in zirka 20 Jahren vorliegen werde, wenn die Mittel weiterhin so knapp

gehalten werden, wie das jetzt mit diesem Voranschlag passiert. Eine Minderheit der Kommission erachtet dies als unhaltbar und will den Terminplan so eng, wie es nun halt möglich ist, straffen.

Eine Einlage von 1,2 Millionen Franken ist der von der Verwaltung genannte Betrag, der zwar immer noch keine termingerechte Realisierung ermöglicht, aber immerhin die Mittel einsetzt, die überhaupt eingesetzt werden können, sodass der Kataster im Jahr 2007, also vier Jahre zu spät, vorliegen soll. Eine Mehrheit der KEVU – und dieser Haltung schloss sich in der Kommission auch die Baudirektorin an – erachtete den Zeitplan gemäss Dezemberbrief angesichts der Finanzlage des Kantons und in einer Gesamtschau als ausreichend.

Die KEVU-Mehrheit beantragt Ihnen – und das erkläre ich Ihnen offen gestanden nur allerschwersten Herzens –, diesen Antrag abzulehnen.

Toni W. Püntener (Grüne, Zürich): Esther Arnet hat die Geschichte des SVP-Minderheitsantrags dargestellt. Immerhin hatten wir auf diese Art erreicht, dass der Antrag formell einigermaßen korrekt ist. Der Betrag ist wesentlich kleiner geworden. Sinnvoller ist der Kürzungsantrag dadurch allerdings nicht geworden. Ich möchte dies an einem Beispiel zeigen.

Den MINERGIE-Standard hat FDP-Kantonsrat Ulrich Isler in der Debatte über die verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung als zukunftsgerichtet und förderungswürdig bezeichnet. Der MINERGIE-Standard ist dringend nötig. Um die minimalen Vorgaben des CO₂-Gesetzes zu erfüllen, müssten ab sofort sämtliche Neu- und Umbauten als MINERGIE-Bauten aufgeführt werden. Im Moment allerdings sind erst 10 Prozent des aktuellen Bauvolumens gemäss diesem Standard. Und genau hier will die SVP die Aktivitäten verzögern und somit etwas, das sehr dringend ist, verzögern. Das ist wirklich sinnlos.

Gleiches gilt für die SVP-Absicht, die Sicherheitsüberprüfungen der 400 Stauanlagen auf Kantonsgebiet zu verzögern. Mit der Sicherheit bei Stauanlagen lässt sich nicht sparen. Auch neue Erholungsräume an Seen und Flüssen sollten nicht auf die lange Bank geschoben werden, damit die bestehenden Angebote nicht übernutzt werden müssen. Die Grünen lehnen den SVP-Kürzungsantrag ab.

Noch zum formellen Ablauf: Die Minderheitsanträge der SVP und die von SP und Grünen schliessen sich nicht aus und müssen deshalb se-

parat abgestimmt werden. Sie dürfen nicht summarisch dem Hauptantrag gegenübergestellt werden.

Zum Thema Altlasten: Endlich hat sich der Kanton Zürich aufgerafft, in diesem Bereich Rechtssicherheit zu schaffen, indem der Kataster der belasteten Standorte geschaffen werden soll, und jetzt will die SVP das Ganze wieder verzögern. Obwohl wir bereits wieder mit einem Umwelttermin zu spät dran sind. Wenn wir jetzt diese 1,2 Millionen Franken bewilligen, dann schaffen wir es, diese Verspätung ganz wenig aufzuholen, damit die Verspätung allerhöchstens vier Jahre beträgt und nicht vielleicht zehn oder zwanzig Jahre. Daher stimmen die Grünen diesem Kredit zu.

Ulrich Isler (FDP, Seuzach): Ich äussere mich zur Saldoverschlechterung, zum Altlasten-Verdachtsflächen-Kataster, den Regula Ziegler vorhin vertreten hat.

Mittlerweile ist es der Fachwelt klar, dass dieser Altlasten-Verdachtsflächen-Kataster relativ oberflächlich, um nicht zu sagen schludrig erhoben wurde. Regula Ziegler, sind Sie sich bewusst, dass wenn auf einem Grundstück, das nicht in diesem Altlasten-Verdachtsflächen-Kataster eingetragen ist, die geringste Menge von irgendwelchen Verdachtselementen zum Vorschein kommt, dieses unbelastete Grundstück nach den genau gleichen Kriterien entsorgt werden muss, wie wenn es im Altlasten-Verdachtsflächen-Kataster aufgeführt worden wäre? Deshalb können wir unbesehen diesen Verdachtsflächen-Kataster streichen, da jeder Grundeigentümer, bei dem Altlasten zum Vorschein kommen, das Entsorgungskonzept vorlegen muss, ob es im Kataster eingetragen ist oder nicht. Deshalb ist es sinnlos, wenn wir dieser Saldoverschlechterung von 1,2 Millionen Franken zustimmen.

Sabine Ziegler (SP, Zürich): Ich möchte gerne zum Antrag der SVP sprechen. Ich denke, der Antrag der SP ist von meiner Namensbase Regula Ziegler bestens begründet worden.

Diese Übung der SVP, ursprünglich auch wieder eine lineare Kürzung, wurde dann – Danke, Lorenz Habicher – sehr gut und begründet oder zumindest begründet – ob auch gut, weiss ich nicht – eingereicht. Die SVP hat hier zumindest den Versuch gemacht herauszufinden, welche Leistungen gekürzt werden sollten. Das hat denn

schliesslich auch den Saldobetrag wieder «heruntergeschmürzelt» von etwa 4,5 auf diese 1,2 Millionen Franken. Hier sind wir also von diesen «Allgemeinwischen» zu spezifischen Themen gelangt.

Aber hier will ich gerne der SVP und anderen, die noch logisch denken wollen oder können, ans Herz legen: Wollen wir wirklich Stauanlagen nicht prüfen und das Risiko eingehen, dass wir mit Hochwasser da vielleicht auch Probleme bekommen? Wollen wir wirklich vorsorgen, dass wir die aquatischen Naherholungsräume nicht miteinander vernetzen und dementsprechend auch keine Erhöhung der Lebensqualität von Fauna und Flora machen?

Oder wollen wir – und das ist der wichtigste Punkt – uns von unseren fortschrittlichen und wichtigen Aufgaben im Bereich der Energiepolitik oder Energiewirtschaft – sprich MINERGIE, sprich auch die Umsetzung des Energiegesetzes – abwenden? Wollen wir das? Ich finde, die Antwort ist Nein. Eine Verlängerung der Prüfungen der Stauanlagen, der aquatischen Räume um vielleicht ein, zwei Jahre können Sie sehr wohl vornehmen und meinen, Sie hätten richtig gehandelt.

Aber problematisch ist, dass gebaut wird und wir deshalb diese Vorstellung MINERGIE aufrechterhalten und dabei bleiben müssen, weil wir gerade hier – und das haben auch die Studien von «EnergieSchweiz» gezeigt – die höchste Effizienz im Energiebereich vorzuweisen.

Also bitte, wenden Sie sich von diesem ursprünglichen Gedanken, es sei noch Luft in diesem Budget, ab! Lassen Sie diese Luftschlange in der Fasnachtskiste ruhen und stimmen Sie bitte dieser Kürzung von 1,2 Millionen Franken nicht zu!

Martin Mossdorf (FDP, Bülach): Wir streiten um 1,2 Millionen Franken bei einer Summe von 90 Millionen Franken. Man könnte glauben, die Verdachtsflächen-Kataster seien nun das Allerwichtigste dieses Budgets, oder die MINERGIE-Übung sei das Wichtigste. Wenn Sie beides normal betrachten, dann sehen Sie, dass die eine Seite eine reine Terminierungsverschiebung macht und nur verzögern will. Das bringt insgesamt ja überhaupt nichts. Und auf der anderen Seite machen wir doch das, was überhaupt möglich ist.

Darum bitte ich Sie, dem Vorschlag der Regierung zuzustimmen und beide Minderheitsanträge abzulehnen.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Ich spreche zu den Kürzungsanträgen der SVP, insbesondere im Bereich MINERGIE und Förderprogramm.

Wenn man das Energiegesetz des Bundes kennt, dann weiss man, dass man bewusst den Kantonen die Förderung übertragen hat in der Meinung, es würde in den Kantonen besser geschehen. Wenn man weiss, dass das CO₂-Gesetz wie ein Damoklesschwert droht und wir über kurz oder lang entweder mit freiwilligen Massnahmen mehr machen oder dann eben zahlen, dann ist dieser Kürzungsantrag komplett falsch.

Ich denke, dass diese wenigen Beträge, die hier zur Diskussion stehen, sehr viel auslösen können, insbesondere im Gewerbe – ich erinnere an einen Faktor sieben bis zehn. Da muss ich sagen, macht es überhaupt keinen Sinn, dieses kantonale Förderprogramm und die Stärkung der MINERGIE zu torpedieren. Gerade Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SVP, die aus Ihrer Überlegung sagen «wir wollen im CO₂-Gesetz freiwillige Massnahmen fördern und nicht Vorschriften über Vorschriften haben», gerade Ihnen empfehle ich, dieser Streichung eben nicht zuzustimmen oder sie zurückzunehmen und zu unterstützen, dass man freiwillig MINERGIE und erneuerbare Energien fördert. Dies trägt ja dazu bei, dass der CO₂-Ausstoss eingedämmt wird. Es geht damit also allen besser.

Ich bitte Sie, auf diese Kürzungen zu verzichten und so fortzufahren, wie es ursprünglich beabsichtigt war.

Hans-Peter Züblin (SVP, Weiningen): Ich spreche zum Antrag der Altlasten-Verdachts-Kataster. Ich bin der Meinung, dass wir über Jahre hinweg Geld ausgegeben haben, um einen Verdachts-Kataster zu erstellen. Und niemand hat darüber gesprochen. Jetzt sollte man ihn überführen in einen Altlasten-Kataster, der endlich einmal ein Altlasten-Kataster ist und nicht nur ein Verdachts-Kataster. Ich bin der Meinung, die Regierung sollte das mit den normalen Mitteln erarbeiten können. Das Gewerbe hat ja sehr viel Geld bezahlt mit diesem Verdachts-Kataster. Und ich sehe nicht ein, dass wir jetzt 1,2 Millionen Franken sprechen müssen für etwas, das eigentlich normal sollte beerdigt werden können.

Hans Badertscher (SVP, Seuzach): Ich durfte in der Kommission mitarbeiten betreffend Altlasten. Daher möchte ich mich dazu äussern.

Das Referat von Ulrich Isler hat es auf den Punkt gebracht, wie heute mit Verdachtsflächen oder Altlasten umzugehen ist. Deshalb kann ich Ihnen sagen, dass man nicht jetzt einfach x Leute mit der Beurteilung von Altlasten beauftragen kann. Das sind Spezialisten, die wir nicht aus dem Boden stampfen können. Daher haben Sie gehört, wie lange es dauert, bis die Verdachtsflächen bearbeitet sind.

Was für uns und für das Gewerbe sehr wichtig ist, ist das Angebot der Verwaltung, des AWEL, dass Grundstücke, die veräussert werden, schneller bearbeitet werden. Ich glaube, das ist ein Fortschritt, den wir eingebracht haben und der sehr wichtig ist. Den zeitlichen Ablauf erachte ich wie die Vorredner als nicht so wichtig zu taxieren. Wichtig ist, dass man rasch reagieren kann, und da werden wir das AWEL eigentlich beim Wort nehmen, dass das so funktionieren soll.

Deshalb sind auch ich und meine Kollegen der Meinung, dass auf die 1,2 Millionen Franken zu verzichten ist. Ich wünsche, dass Sie dasselbe tun.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Zum Votum von Sabine Ziegler: Sicherheitsüberprüfung bei Stauanlagen – das tönt natürlich sehr gefährlich. Die Sicherheit wird aber nicht tangiert. Der Auftrag zu einer Überprüfung besteht weiterhin. Und ich bin sicher, dass das AWEL seine Stauanlagen auch kennt. Diese Kenntnis erlaubt es, die vorgeschriebene Kontrolle in einer sinnvollen Reihenfolge zu absolvieren und Gefahren frühzeitig zu erkennen. Der schweizerische Standard der Stauanlagen garantiert zudem einen möglichst hohen Schutz. Ich muss darauf hinweisen, dass diese Sicherheitsüberprüfung im KEF 2001 bis 2004 noch gar nicht aufgeführt war. Ich möchte Sie also bitten, diese Kürzung zu unterstützen.

Zur Stärkung der Marke MINERGIE im Umbaubereich: Ich glaube, gerade im Umbaubereich können wir auf die Eigenverantwortung und die Selbstständigkeit der Hauseigentümer zählen. Wir müssen sie nicht noch mehr fördern, sondern können dies beschränkt tun, wie wir es bis anhin gemacht haben. Die Terminierung, die erweiterte zeitliche Terminierung beträgt in diesem Bereich ein Jahr; man schreitet also ein bisschen langsamer voran. Ich glaube, es ist möglich, dies zu machen; und die Marke MINERGIE wird im Kanton Zürich keinen Schaden erleiden.

Zur Aufgabenreduktion: Die Vermehrung attraktiver aquatischer Erholungsräume sowie Vermehrung und Vernetzung vielfältiger aquatischer Lebensräume war im KEF 2001 bis 2004 auch nicht aufgeführt. Ich glaube, so prioritär ist es nicht zu behandeln, dass man da nicht auch dieses Projekt um ein Jahr nach hinten schieben könnte.

Ich bitte Sie also, lehnen Sie den Antrag Regula Ziegler ab und unterstützen Sie unseren Minderheitsantrag!

Regierungsrätin Dorothee Fierz: Ich beschränke mich auf den Kürzungsantrag um 1,2 Millionen Franken aus Kreisen der SVP.

Wenn wir diesen Kürzungsantrag umsetzen wollen, dann betrifft es drei Bereiche – das wurde bereits mehrmals gesagt –, nämlich den Bereich MINERGIE, die Stauanlagen und das kantonale Förderprogramm. Gestatten Sie mir einige Erklärungen zu den Voten zum Bereich MINERGIE.

Es ist nicht die Aufgabe des Kantons, in MINERGIE zu investieren. Es ist aber die Aufgabe des Kantons, ein minimales Beratungsangebot sicherzustellen sowie eine Information zuhanden der Bauherren. Mehr macht der Kanton Zürich nicht. Es ist eine einzige Stelle beim AWEL, die sich um die Frage MINERGIE kümmert. Es kann nicht sein, Lorenz Habicher, dass dann mit diesem Informationsangebot die Eigenverantwortung oder die Selbstständigkeit der Bauherren eingeschränkt würde, im Gegenteil. Das ist ein minimales Beratungsangebot, das sehr gefragt ist.

Wer sich mit der Marke MINERGIE und vor allem mit der Entwicklung dieser Marke etwas auseinandergesetzt hat, der weiss genau, dass der Startschuss aus dem Kanton Zürich gekommen ist, dass es heute ein schweizweiter akzeptierter Standard ist. Die Vereinigung schweizerischer Energiedirektoren steht hinter der MINERGIE. Die grossen Investoren im Kanton Zürich, die grosse Verwaltungsneubauten realisieren, bauen ausschliesslich nach dem Standard MINERGIE.

Wenn nun der Kanton als politisches Signal diese minimalen Mittel der kantonalen Verwaltung entziehen will, dann entzieht sie gleichzeitig den Auftrag. Ich kann nicht den Auftrag, den wir mit einer Stelle wahrnehmen, für ein Jahr sistieren und dann wieder aufbauen. Das ist ein Bruch in der Philosophie, von der Kantonsseite her eine minimale Unterstützung im Bereich Marketing, Beratung, Information, Weiterbildung sicherzustellen. Ein Unterbruch ist nicht möglich. Mit

der Kürzung, die hier vorgeschlagen wird, wird ein klarer Abbruch der MINERGIE-Aufbauarbeit des Kantons bewirkt.

Nun zu den Stauanlagen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, mir selber war auch nie bewusst, wie viele Stauanlagen wir im Kanton Zürich haben. Es sind 400 Stauanlagen und von diesen 400 Stauanlagen müssen alle überprüft werden. 20 Prozent müssen sogar intensiv überprüft werden. Das ist kein Wunschbedarf der Baudirektion, auch nicht der Regierung, sondern es ist die Vorgabe des Bundes, denn die Stauanlageverordnung verpflichtet uns dazu, diese Überprüfung bis Ende 2004 abgeschlossen zu haben. Wenn wir uns diesem Auftrag entziehen, dann gehen wir im Schadenfall eine Verantwortung ein. Wenn ein Damm bricht, dann gibt es politische und strafrechtliche Konsequenzen, denke ich. Und ich denke auch, dass ganz bedeutende Staatshaftungsansprüche zu erwarten wären. Sie müssen auch zu diesem Risiko Ja sagen, wenn Sie jetzt diese Mittel entziehen.

Ich bitte Sie, im Namen der Regierung, auf diesen Kürzungsantrag von 1,2 Millionen Franken zu verzichten.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Lorenz Habicher wird dem Antrag des Regierungsrates, der FIKO und der KEVU gegenübergestellt.

Der Kantonsrat beschliesst mit 102 : 59 Stimmen, dem Antrag des Regierungsrates, der FIKO und der KEVU zuzustimmen.

Ratspräsident Martin Bornhauser: Ich stelle den Minderheitsantrag von Regula Ziegler dem Antrag des Regierungsrates, der FIKO und der KEVU gegenüber. Da es sich um eine Verschlechterung des Saldos handelt, untersteht diese Abstimmung der Ausgabenbremse.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Regula Ziegler wird dem Antrag des Regierungsrates, der FIKO und der KEVU gegenübergestellt.

Der Kantonsrat beschliesst mit 105 : 52 Stimmen, dem Antrag des Regierungsrates, der FIKO und der KEVU zuzustimmen. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf 90'977'500 Franken.

11534

Ratspräsident Martin Bornhauser: Wir haben nichts gespart, aber wir haben auch nicht mehr ausgegeben.

8600, Zentrale Dienstleistungen (Globalbudget)

Antrag der Kommission für Planung und Bau

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. - 12'177'900

neu: Fr. - 11'177'900

Saldoverbesserung: Fr. 1'000'000

Reduktion des Personal- und Sachaufwands. Die zusätzlichen sieben neuen Verwaltungsstellen sollen allenfalls durch die natürlichen Abgänge bei anderen Amtsstellen kompensiert werden (1 Million Franken).

Antrag der Finanzkommission

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. - 12'177'900

neu: Fr. - 11'677'900

Saldoverbesserung: Fr. 500'000

Minderheitsantrag Ruedi Lais, Thomas Hardegger, Ueli Keller, Werner Scherrer (in Vertretung von Willy Furter) und Peter Stirnemann (KPB)

Gemäss Antrag Regierungsrat

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Ich spreche zum Dienstleistungszentrum, einer neuen Unternehmung innerhalb der Baudirektion, deren Aufbau wir im Kantonsrat parteiübergreifend in den letzten Jahren – zumindest in den letzten beiden Jahren, die ich selber überblicken kann – sehr konstruktiv und freundlich begleitet haben. Das gilt insbesondere auch für die Kollegen von der SVP.

Innerhalb dieses Dienstleistungszentrums geht es jetzt darum, sieben neue Stellen zu bewilligen. Drei dieser sieben neuen Stellen befassen sich mit der Kommunikation der Baudirektion. Sie wurden konzert-

riert aus drei Ämtern, welche jeweils eine eigene Kommunikationsstelle hatten. In der KPB wurden im Zusammenhang mit dieser neuen Konzeption für die Kommunikation auch kritische Stimmen laut. Diese deckten sich auch mit der Stimme von Balz Hösly aus der vorletzten Sitzung. Er hatte verlangt, dass der Regierungsrat vermehrt mit einer Stimme spreche. Auch bei uns kamen solche Meinungen auf, dass die einzelnen Direktionen nicht die Kommunikation in Konkurrenz aufbauen, sondern vermehrt kongruent kommunizieren sollten.

Trotzdem und natürlich auch unter dem Eindruck der «Rasenmäheranträge» der SVP wurde schliesslich dieser kritische Antrag, der sich nur mit der Kommunikation befasst hatte, zurückgezogen.

Erschwerend bei der Diskussion dieser drei Stellen kommt hinzu, dass diese bereits besetzt sind, was ebenfalls Kritik ausgelöst hat. Ein solches «Fait accompli» hat man als Parlamentarier nicht gerne zur Kenntnis genommen, das sei dem Regierungsrat hier deutlich gesagt.

Bei den anderen vier Stellen, die hier umstritten sind, geht es um Informatik, um Organisationsentwicklung und um Personalbetreuung, also klassische Dienstleistungen dieses Amtes zu Gunsten anderer Ämter innerhalb der Direktion.

Die Idee des Dienstleistungszentrums – das glaube ich auch von den jetzt kritischen Stimmen verstanden zu haben – wird grundsätzlich unterstützt. Die entsprechenden Projekte wurden von keiner Seite angezweifelt. Deshalb hat es mich sehr überrascht, dass auch diese Stellen nun pauschal gestrichen werden sollen. Die siebente Stelle ist die Verstärkung der Leitstelle für Baubewilligungen, die ja gerade den Gemeinden und den Bauherren den Umgang mit den einzelnen für Bewilligungen zuständigen Ämtern erleichtern soll. Hier geht es vor allem auch um den Abbau eines gewaltigen Überstundenberges. Wenn man diese Stelle nicht bewilligt – so habe ich die Baudirektorin Dorothee Fierz verstanden –, dann ist mit grossen Verzögerungen bei den Baubewilligungen zu rechnen.

Ich glaube aufgezeigt zu haben, dass gerade diese pauschalen Anträge eben auch kritische Voten auf unserer Seite verhindert haben. Man kann natürlich nicht differenziert diskutieren, wenn man als Subkommission in ein Amt geht, sich dort einen ganzen Morgen lang in die Materie kniet und dann in der Gesamtkommission mit absolut pauschalen, unqualifizierten Anträgen der gleichen Kollegen konfron-

tiert wird. So geht es natürlich nicht. Das weiss ich auch aus vielen Jahren RPK-Tätigkeit auf kommunaler Stufe.

Aus diesen Gründen, weil wir den Ausbau des Dienstleistungszentrums als eine sehr zu unterstützende Strategie betrachten, möchten wir diese sieben Stellen bewilligen. Ich hoffe sehr, dass auf allen Seiten dieses gemeinsame Verständnis für diese sehr wichtige Amtsstelle zum Tragen kommt und die Streichung dieser Stellen abgelehnt und der Regierungsantrag unterstützt wird.

Ueli Keller (SP, Zürich): Ich möchte Sie zuerst noch auf eine kleine Ungenauigkeit in der a-Vorlage aufmerksam machen. Der Antrag 54-1, der dort zuoberst aufgeführt ist, stammt von der FIKO und nicht von unserer Sachkommission. Das bedeutet, dass die Zahl 11'677'900 eine Spalte zu weit links steht. Sie müsste unten in der Spalte der FIKO stehen. Ich spreche daher ausschliesslich zum Antrag 54-2, dem Mehrheitsantrag der Kommission für Planung und Bau.

Die Mehrheit der KPB – zumindest damals in der Kommissionssitzung war das so, heute ist es vielleicht anders – beantragt Ihnen eine Aufwandsverbesserung um eine Million Franken zur Kompensation der sieben neu geschaffenen Stellen im Dienstleistungszentrum (DLZ) mit natürlichen Abgängen in anderen Amtsstellen. Im Bericht der KPB, der einstimmig verfasst wurde, können Sie im Wesentlichen dasselbe nachlesen, was Ruedi Lais bereits ausgeführt hat.

Wenn man auf diese Stellen verzichtete, hätte dies zur Folge, dass verschiedene Vorhaben zurückgestellt oder nur mit Verzögerung begonnen werden könnten, zum Beispiel die Archivierung, Geschäftskontrolle und Indikatoren, Kosten-Leistungs-Rechnung, Personalbetreuung beim AWEL. Insbesondere hätte der Service bei der Behandlung von Baugesuchen zu Lasten und Gemeinden mit starken Reduktionen zu rechnen, besonders weil aus dem Vorjahr in diesem Bereich noch über 1000 Überstunden abzubauen sind.

Wie bereits erwähnt, liegt zu diesem Antrag ein weiterer Antrag der FIKO vor, der nicht im vorgesehenen Differenzbereinigungsverfahren ausgeräumt werden konnte. Es gibt auch keine Begründung zu diesem Antrag der FIKO. Ich kann daher auch keine Stellung dazu nehmen.

Es liegt an Ihnen zu wählen zwischen einem Antrag, der keine Begründung hat und einem, der eine ziemlich dünne Begründung hat.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Auch dieser Antrag der FIKO, Kürzungs- und Verbesserungsantrag von 500'000 Franken gegenüber einer Million der Sachkommission ist das Ergebnis vertiefter Diskussion und Abklärung mit der Baudirektion und kann so angenommen werden. Es ist eine Kürzung von gut 4 Prozent. Wahrscheinlich ist darum hier eine lineare Kürzung seitens der SVP ausgeblieben. Ich bitte Sie, dem Antrag der FIKO zuzustimmen.

Ernst Brunner (SVP, Illnau-Effretikon): Wie Ruedi Lais schon ange-tönt hat, haben wir das doch relativ neu bestehende Dienstleistungszentrum besucht und uns über dessen Aufgaben informieren lassen, auch über die Art und Weise, wie diese Aufgaben und Aufträge erfüllt werden. Wir konnten dabei feststellen, dass das Dienstleistungszentrum vor allem Arbeiten ausführt, die bis anhin in den anderen Ämtern der Baudirektion ausgeführt wurden. Im Dienstleistungszentrum zu sparen, ist eigentlich nur auf eine einzige Art möglich, nämlich indem man die Aufträge zeitlich anders terminiert und allfällige Ideen, die man für das Jahr 2002 gehabt hat, auf ein späteres Jahr verschiebt. So muss es möglich sein, im Dienstleistungszentrum ebenfalls zu sparen. Ein Teil dieser Million ist ja bereits dadurch gespart worden, dass die Neuanstellungen nicht auf den 1. Januar 2002, sondern vielleicht erst auf den 1. April 2002 – sollte das Budget durchgehen – oder noch später gemacht werden können. Hier sind also schon Lohneinsparungen in recht ansehnlicher Grösse gemacht worden. Es geht also bald nicht mehr darum, eine ganze Million zu sparen, sondern vielleicht noch um 600'000 Franken, denn der Rest ist ja bereits gespart worden. Nach gewalteter Diskussion in der Kommission hat die KPB mehrheitlich beschlossen, diesen Betrag um eine Million Franken zu kürzen. In der Fraktion der SVP haben wir über diesen Punkt ebenfalls diskutiert. Wir haben uns dem Kürzungsantrag um eine Million Franken angeschlossen, und zwar vor allem vor der gewaltigen Ausgabensteigerung, die das Gesamtbudget ausweist. 800 Millionen beträgt die Aufwandssteigerung. Da waren wir der Ansicht, dass auch das DLZ eine Million zu deren Abbau beitragen kann. Das DLZ geht deswegen nicht zu Grunde. Ich bitte Sie also, diesen Antrag für eine Million Franken zu unterstützen.

Regierungsrätin Dorothee Fierz: Ich knüpfe dort an, wo Ernst Brunner aufgehört hat. Sie haben Recht, das DLZ geht nicht zu Grunde, aber die Projekte, die gestartet werden müssen, die gehen zu Grunde oder können gar nicht gestartet werden.

Sie haben gesagt, die Kernaufgaben im DLZ seien eigentlich ein Sammelsurium von Aufgaben, die vorher in anderen Ämtern aufgeteilt waren. Das stimmt im Personalbereich. Es stimmt in der Kommunikation. Es stimmt bereits nicht beim Finanz- und Rechnungswesen; das war seit eh und je eine zentrale Stelle. Wo es ganz sicher nicht stimmt, ist im Bereich der neuen Projekte. Und das sind alles Projekte, die primär Sie wollen. Da sind wir jetzt beim Fluch der guten Tat. Sie möchten gern Benchmarking. Sie möchten gern ein Qualitätsmanagement. Sie wünschen von uns möglichst aussagekräftige Indikatoren. Wir wünschen alle eine Kosten-Leistungs-Rechnung, damit wir unseren Finanzhaushalt und die Leistung auch steuern können. Ohne diese Projekte, die wir erst erarbeiten, bekommen Sie kein Ergebnis. Das sind Projekte, die neu aufgegleist werden, die Sie mit unterstützen, und dazu benötige ich das Personal. Das sind neue Aufgaben, die formuliert worden sind, denen politische Mehrheitsentscheide zu Grunde liegen. Das können wir so nicht erfüllen, wenn wir den Personaletat nicht aufstocken können.

Die KPB hat diese Einsicht bekommen. Sie hat auch die Nachvollziehbarkeit unserer Darlegung bestätigt. Jetzt müssen Sie entscheiden, was Sie wollen. Wir sind alle miteinander unzufrieden über die Aussagekraft unserer Globalbudgets. Die Indikatoren in der Baudirektion befriedigen mich nicht völlig – und Sie auch nicht. Geben Sie uns die Möglichkeit, diese Projekte zu lancieren, damit Sie die Instrumente bekommen, die Sie wirklich auch wünschen. Aber ohne Budget können wir dies nicht tun.

Der Kürzungsantrag, so wie er nun vorliegt, ist absolut nicht umsetzbar in einem kleinen Amt mit fix gebundenen Kosten ohne grosse Inverstitutionsbudgets wie in bauenden Ämtern. Da sind die finanziellen Verhältnisse völlig anders und nicht vergleichbar. Die Manövriermasse ist gleich Null. Jeder Streichungsantrag, den Sie hier im Dienstleistungszentrum beschliessen, wirkt sich eins zu eins auf diese Infrastrukturprojekte aus, die ich Ihnen jetzt präsentiert habe.

Abstimmung

Der Antrag der FIKO wird dem Antrag der KPB gegenübergestellt.

Der Kantonsrat beschliesst mit 92 : 59 Stimmen, dem Antrag der FIKO zuzustimmen.

Abstimmung

Der Antrag der Regierung und der Minderheit der KPB wird dem Antrag der FIKO gegenübergestellt.

Der Kantonsrat beschliesst mit 93 : 53 Stimmen, dem Antrag der FIKO zuzustimmen.

Ratspräsident Martin Bornhauser: Der Betrag lautet somit: 11'677'900 Franken.

Konto 8940, Aufgaben der Denkmalpflege (Globalbudget)

Konto 8950, Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen (Globalbudget)

Keine Bemerkungen; genehmigt.

III. Unselbstständige staatliche Unternehmungen

Konto 91, Beamtenversicherungskasse des Kantons Zürich

Konto 92, Arbeitslosenkasse des Kantons Zürich (Globalbudget)

Konto 93, Verkehrsverbund

Keine Bemerkungen; genehmigt.

IV. Selbstständige staatliche Unternehmungen

Konto 9600, Universität (Globalbudget)

11540

Konto 9799, Zürcher Fachhochschulen (Globalbudget)

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Martin Bornhauser: So komme ich jetzt zum alljährlichen Stossseufzer jedes Ratspräsidenten, nämlich zur Feststellung:

Damit ist der Voranschlag für das Jahr 2002 durchberaten.

Unter Berücksichtigung der vom Rat beschlossenen Änderungen ergeben sich somit im Voranschlag 2002 gesamthaft in der Laufenden Rechnung ein Ertragsüberschuss von 32'368'719 Franken und in der Investitionsrechnung Nettoinvestitionen von 760'191'100 Franken. Keine Veränderungen ergeben sich bei den unselbstständigen und bei den selbstständigen staatlichen Unternehmungen.

Damit wären wir beinahe am Ende. Nun folgt die so genannte Elefantenrunde. Ich gehe davon aus, dass ich den Fraktionssprechern nach Grösse der Fraktion das Wort erteilen kann.

Hans Rutschmann (SVP, Rafz): Die SVP verfolgt seit Jahren klare finanzpolitische Ziele. Wir wollen einen gesunden Finanzhaushalt und wir wollen einen Spielraum für eine künftige Reduktion der Steuern. Für uns sind deshalb die massiv zunehmenden Ausgaben in der Laufenden Rechnung nicht akzeptabel. Seit 1998, seit Beginn dieser Legislaturperiode hat der Aufwand um 15 Prozent zugenommen, vom letzten Budget zu diesem um zirka 800 Millionen Franken. Die finanzielle Entwicklung läuft in die falsche Richtung. Wir beurteilen die aktuelle Finanzlage des Kantons gar nicht so optimistisch wie der Regierungsrat und offenbar auch die Mehrheit in diesem Rat.

Wir versuchten, zusammen mit der FDP, mit dem Rückweisungsantrag im vergangenen Oktober 2001 Gegensteuer zu geben. Mit der Budgetrückweisung erhielt die Regierung nochmals Gelegenheit, das Budget zu überarbeiten und dem Parlament Sparanträge oder Sparvarianten vorzuschlagen. Der Gesamregierungsrat hat jedoch nicht den Willen oder die Kraft, diesen Auftrag der Budgetüberarbeitung durchzuführen. Der Budgetantrag vom Dezember 2001 war nur un-

wesentlich anders als der erste Entwurf und kann deshalb, ehrlich beurteilt, nicht als Kompromiss betrachtet werden. Die SVP war sowohl vom neuen Budget wie auch von der Haltung des Regierungsrates enttäuscht. Heute Morgen wurde das Budget vom Regierungsrat nochmals um 25 Millionen Franken verschlechtert. Die SVP-Kantonsratsfraktion hält jedoch an ihrem finanzpolitischen Kurs fest.

Aus diesen Gründen haben wir auch unseren Rückweisungsantrag zu Beginn der Budgetberatung gestellt mit dem Antrag, das Budget um die Aufwandszunahme, um 800 Millionen zu reduzieren. Der Rückweisungsantrag wurde abgelehnt. Die Ratsmehrheit hat entschieden.

In der Detailberatung beharrten wir dann nicht auf den 800 Millionen Franken Einsparungen. Wir akzeptierten, dass der Rat unseren Rückweisungsantrag ablehnte. Die von uns vertretenen Minderheitsanträge für Budgetkürzungen waren dann sehr moderat. Und nicht einmal diese kleinen, für uns viel zu bescheidenen Kürzungsanträge wurden hier akzeptiert. Vordergründig wurden die linearen Kürzungen ins Feld geführt. Tatsächlich war jedoch überhaupt kein Sparwillen vorhanden. Wir haben zu Beginn bei den Beratungen signalisiert, dass wir nach Abschluss der Detailberatung Bilanz ziehen würden. Wir haben auch klar signalisiert, dass wir dem Budget nur zustimmen können, wenn substantielle Einsparungen beschlossen würden.

Nun, heute Morgen haben wir Bilanz gezogen. Die SVP hat zur Kenntnis nehmen müssen, dass fast alle unsere Sparanträge und Vorschläge abgelehnt wurden. Die SVP hat zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Parlament noch keine Notwendigkeit sieht, die rasante Aufwandszunahme zu stoppen. Die SVP ist deshalb gezwungen, das vorliegende Budget abzulehnen.

Wie es seit heute Morgen aussieht, wird das Budget eine Mehrheit im Rat finden. Es wurde ein Kompromiss zwischen FDP und SVP, nein SP gefunden – das andere wäre zu schön gewesen. Der Regierungsrat hat offensichtlich letzte Woche mit einzelnen Fraktionen direkt, gezielt Verhandlungen geführt.

Unser Ziel war nicht, das Budget zu verhindern, aber wir wollten ein anderes Budget. Wir waren uns auch der Konsequenzen einer Ablehnung durchaus bewusst. Insbesondere waren wir uns bewusst, dass damit in diesem Jahr nicht alle geplanten Investitionen ausgelöst worden wären. Für den Kanton, die Wirtschaft und speziell das Gewerbe sind jedoch ein gesunder Staatshaushalt und Steuersenkungen ganz

klar wichtiger als ein kurzfristiger oder man kann sagen kurzsichtiger Budgetkompromiss. Im Übrigen ist auch der Gewerbeverband der Meinung, dass Aufwandskürzungen möglich und nötig sind. Dies unter anderem im Hinblick auf die geplante Steuergesetzrevision oder um die Mehrlasten im künftigen interkantonalen Finanzausgleich abzufedern. Zudem werden uns auch in Zukunft zusätzliche Aufgaben von aussen aufgezwungen. Wir können doch nicht laufend zusätzliche Aufgaben einfach addieren, ohne Korrekturen bei anderen Positionen vorzunehmen, oder uns auf immer höhere Steuererträge verlassen. Und die Steuererträge werden mit Sicherheit in den nächsten Jahren nicht mehr so sprudeln. Je später wir mit dem Sparen beginnen, desto schmerzhafter wird es dann sein.

Die SVP wird aus echter Sorge um den Staatshaushalt das Budget ablehnen. Wir wollen damit niemandem einen Denkmittel verpassen. Nach meiner Auffassung eignet sich der Voranschlag vermutlich am wenigsten für eine Denkmittelpolitik. Ich hoffe und wünsche mir aber, dass es den bürgerlichen Parteien im Hinblick auf das Jahr 2003 besser gelingt, den vorhandenen gemeinsamen finanzpolitischen Anliegen – sprich Sparen, sprich Steuersenkungen – zum Durchbruch zu verhelfen.

Die SVP-Kantonsratsfraktion lehnt den vorliegenden Voranschlag ab. Sodann stelle ich den Antrag,

die Schlussabstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

Dorothee Jaun (SP, Fällanden): Ich habe, wenn ich ehrlich bin, zwei Varianten für diese Elefantenrunde vorbereitet. Aber diejenige, die jetzt eingetreten ist, die habe ich nicht vorbereitet, da ich sie bis gestern Abend als die unwahrscheinlichste angeschaut habe. Verzeihen Sie mir, wenn ich ins Stocken geraten sollte.

Die SP-Fraktion wird dem Budget so, wie es jetzt in der Detailberatung vorliegt, zustimmen, obwohl es – das haben wir mehrmals gesagt – nicht in allen Punkten unseren Vorstellungen entspricht. Aber der SP-Fraktion ist es wichtig, dass der Kanton Zürich für das Jahr 2002 ein Budget hat, dass der Kanton Zürich seine Investitionen tätigen kann, neue Aufgaben anpacken kann und dass das Parlament in diesem Kanton gegenüber der Regierung seine Führungsfunktion behält.

FDP und SVP haben im November 2001 ein regierungsrätliches Budget zurückgewiesen, welches uns eigentlich gefallen hätte. Die mehrheitlich bürgerliche Regierung hat ein Budget vorgelegt, das durchaus in unserem Sinn war.

Mit der Umschichtung von 25 Millionen Franken aus dem ÖV-Fonds in den Strassenfonds verlor die Regierung mit dem Dezemberbrief die Zustimmung der SP. Dies, obwohl die Regierung bereits auf Grund der «Katzenseegespräche» sehr wohl wusste, dass der Dezemberbrief kaum mehrheitsfähig sein würde, denn auch damals hielt die SVP an ihren unrealistischen Sparvorstellungen von 800 Millionen Franken, jedenfalls von Millionen in mindestens dreistelliger Höhe fest. Die Regierung nahm damit in Kauf, dass kein Budget zu Stande kommen würde. Eigentlich wäre es Sache der bürgerlichen Parteien gewesen, welche dieses Budget zurückgewiesen haben, auch ein neues Budget zu kreieren. Sie hätten eigentlich die Verantwortung getragen, ein Budget zu machen. Aber offenbar ist ein Kompromiss mit einer SVP, die nur Nein sagt, nicht möglich. Auch die bürgerlichen Regierungsräte, auch die Regierungsrätin und der Regierungsrat der SVP haben offensichtlich bei ihrer Fraktion nichts bewirken können. Und heute Morgen haben wir es noch einmal gesehen: Es hätten sogar 80 Millionen in den Strassenfonds gelegt werden können. Aber es wird offensichtlich nicht so sein, weil die SVP Nein sagen will.

Wir haben eine SVP, eine bürgerliche grosse Partei, die keine Lösungen mehr will, sondern die nur noch Protest betreibt. Ich glaube, Chefredaktor Oskar Fritschi, hat im «Zürcher Oberländer» völlig zu Recht geschrieben: «Es handelt sich hierbei nicht um Oppositionspolitik, sondern es handelt sich um reine Protestpolitik.»

Sie, geschätzte Damen und Herren von der SVP, können damit eine klare Linie behalten und jeden anderen anprangern, der für unseren Staat Lösungen sucht und Kompromisse eingeht. Und selbstverständlich geisseln Sie dabei vor allem die FDP, denn bei ihr können Sie Wählerinnen und Wähler abholen und haben dies vermutlich auch getan. Ein solches Verhalten widerspricht den bewährten Regeln der Konsensdemokratie, welche in der Schweiz seit Jahren gegolten haben und eigentlich immer noch gelten würden. Diese Regeln bestanden darin, dass alle Parteien, die in der Regierung sitzen, auch in die Regierungsverantwortung mit einbezogen sind und in Konfliktfällen Kompromisslösungen finden. Diese Regeln gelten in einer Konsensdemokratie, wie wir sie haben, nicht nur für die Regierungsmitglieder,

sondern auch für die Fraktionen der regierenden Parteien. Wenn eine Partei ausschert und sich einfach nicht mehr an diese Regeln hält, sondern nur noch Protest betreibt zum Zwecke des eigenen Erfolgs beziehungsweise zur Befriedigung der Machtgier ihres Präsidenten, dann können die anderen Parteien auch nicht mehr nach den bisherigen Regeln spielen. Und in einem hat Balz Hösly in seinem «Tages-Anzeiger»-Interview völlig Recht: Wenn in einer Familie ein Kind dauernd «trötzelt», hat es so lange Erfolg, als man darauf eingeht – und vor allem so lange es mit diesem Verhalten sein Ziel erreicht. Das Ziel, ihr Ziel ist es, sich vor der Verantwortung zu drücken und dann anderen die Schuld zuzuschieben. Diesen Mechanismus gilt es offenzulegen und diesen Mechanismus gilt es zu durchbrechen.

Ich denke, der Prozess der letzten Wochen hat dies eindrücklich getan. SVP und FDP haben zusammen die Kohlen ins Feuer geworfen und die SVP hat es der FDP überlassen, diese allein herauszuholen. Diese Situation war ja für die bürgerliche FDP nicht einfach. Obwohl wir den Kompromiss angeboten haben, verstehe ich, dass es für die FDP nicht einfach war, diesen Kompromiss anzunehmen, denn das Herz der FDP-Mitglieder schlägt rechts und nicht links.

Aber ich bin froh, dass die FDP heute den Mut gehabt hat, in dieser Sachfrage einen Kompromiss zu schliessen, weil der Kompromiss auf bürgerlicher Seite nicht oder nicht mehr möglich war und solange die SVP so politisiert, wie sie es jetzt tut, auch nicht möglich sein wird.

Ich bin froh und ich hoffe sehr, dass wir in der Schlussabstimmung eine Lösung für den Kanton Zürich finden – eine Lösung, die weder den Wunschvorstellungen der SP entspricht, eine Lösung, die auch nicht den Wunschvorstellungen der FDP entspricht, aber eine Lösung, die dem Kanton Zürich ein Budget bringt, die die Regierung wieder handlungsfähig macht, die der Verwaltung wieder die Freiheit gibt, ihre Aufgaben zu erfüllen und die uns, dem Zürcher Parlament, die Schmach erspart, nicht einmal in der Lage gewesen zu sein, ein Budget zu verabschieden.

Balz Hösly (FDP, Zürich): Selten hat eine Budgetdebatte in diesem Rat derartige Wellen geworfen wie die jetzige. Selten war eine Situation derart verfahren. Diese Wellen sind aber wesentlich mehr als ein Sturm im Wasserglas, wie man es am Anfang hätte meinen können. Diese Wellen sind Zeichen einer sich drastisch verändernden politi-

schen Kultur, einer Unkultur der Kompromisslosigkeit um jeden Preis.

Hauptschuld an dieser Entwicklung hat die grösste Fraktion dieses Rates. Mit ihren unrealistischen Vorgaben zum Budget hat sie sich im Vorherein aus einer seriösen lösungsorientierten Debatte abgemeldet und ist einen zwar kompromisslosen, aber in seiner Destruktivität nicht mehr zu überbietenden Weg gegangen.

Selten genug ist es in diesem Rat möglich gewesen, aus einer soliden bürgerlichen Mehrheitsposition heraus zu politisieren. Bürgerliche Politik heisst aber, Verantwortung wahrzunehmen und Lösungen zu bieten. Bürgerliche Politik hat Augenmass und Sachverstand. Bürgerliche Politik ist gestaltend und aufbauend. Und bürgerliche Politik orientiert sich an zukünftigen Chancen. All dies wischt die SVP mit einer Handbewegung vom Tisch. Selten hat die FDP jemandem eine derartige «Carte blanche» für einen Kompromiss angeboten wie der SVP am Anfang dieser Budgetdebatte. (*Unmutsäusserungen in den Reihen der SVP.*)

Nur drei Kriterien hätte ein Antrag der SVP erfüllen müssen, um die geschlossene Unterstützung der FDP zu erhalten: Der Regierungsrat hätte seine gesetzlichen und durch den Willen des Volkes verankerten Aufgaben erfüllen können müssen. Der Regierungsrat hätte abgeschlossene Verträge halten können müssen. Und unkoordinierte Entlassungen wären zu vermeiden gewesen.

Trotz offensichtlicher Handreichung war die SVP nicht in der Lage, auch nur einen einzigen Antrag einzubringen, der diese Kriterien erfüllt. Sie beharrt auf ihrer absurden Position und vergisst dabei, dass sie zwar die grösste Fraktion in diesem Rat ist, aber auch sie ohne Mehrheiten letztlich ausser parlamentarischer Opposition und hohlen Worten keinen politischen Leistungsausweis vorzuzeigen im Stande ist. Sie vergisst, dass 90 Prozent der Stimmberechtigten dieses Kantons sie nicht gewählt haben.

Es gibt keinen sachlichen Grund, weshalb das jetzt auf dem Tisch liegende Budget, das im Wesentlichen dem Antrag der bürgerlichen Zürcher Regierung vom Dezember 2001 entspricht, nicht genehmigt werden sollte. Ohne Budget wären die politischen Institutionen im Kanton Zürich und insbesondere dieser Rat an Peinlichkeit kaum mehr zu überbieten. Die Politik würde grossen Schaden erleiden. Ge-

wisse Leute wollen das, denn ein seriös politisierendes Parlament ist natürlich ein Störfaktor für populistische Holzschnitzereien.

Die FDP will aber ein starkes und seriöses Parlament und ist nicht bereit, diese Institution lächerlich zu machen und bloss zu stellen. Jedes Mitglied dieses Rates, links und rechts, gelobte einst, die Würde dieses Staates zu wahren, die Pflichten seines Amtes gewissenhaft zu erfüllen und die Rechte des Volkes zu schützen. Dazu gehört auch, den Voranschlag seriös zu prüfen und festzulegen. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Kantons haben ein Recht darauf, dass dieser Staat funktioniert und seine ihm vom Volk übertragenen Aufgaben erfüllt. Gewerbe und Wirtschaft dieses Kantons haben die berechtigte Erwartung, dass der Staat als Investor mit einer gewissen Konstanz auftritt und ihm eine vernünftige Geschäfts- und Arbeitsplatzplanung ermöglicht. Und die pflichtbewusst arbeitenden Angestellten dieses Kantons haben ein Recht darauf, die Aufgaben ihres Berufes seriös erfüllen zu können, und dürfen durch eine «Hüst-und-Hot-Politik» weder demotiviert noch zermürbt werden. Es gibt mit anderen Worten keine Rechtfertigung dafür, ein seriös vorbereitetes Budget der Regierung dieses Kantons abzulehnen.

Ich zitiere aus einem Brief des Gewerbeverbandes: «Es geht am Montag um mehr als nur um Investitionen. Es geht um die staatspolitische Verantwortung der Volksvertreterinnen und Volksvertreter, die wir gewählt haben. Recht zu haben, genügt nicht. Die Politik verlangt stets nach Lösungen und Mehrheiten und beides ist in unserer Demokratie unteilbar verknüpft. Das Gewerbe will ein bewilligtes Budget 2002.»

Das heisst aber nicht, dass die Regierung jetzt nicht in die Pflicht genommen werden soll. Die FDP erwartet vom Regierungsrat, dass er sich jetzt endlich der lang geforderten Staatsaufgabe Variantendiskussion stellt. (*Heiterkeit in den Reihen der SVP.*) Sie erwartet, dass die Regierung jetzt ein Organisationsmodell zur Diskussion stellt, das die Mitglieder der Regierung direktionsunabhängiger und regierungsfähiger macht. Sie erwartet die Umsetzung der Steuererleichterungsprojekte. Sie erwartet eine Auslagerung der Routineaufgaben mit entsprechender Personalumlagerung in die Privatwirtschaft. Und sie erwartet eine härtere Haltung Zürichs in der freundeidgenössischen Politik, die Zürich nach wie vor als Milchkuh missbraucht, die nicht gefüttert werden muss.

Das politische System dieses Landes lebt von Kompromissen. Damit sind über Jahrzehnte Werte geschaffen worden, die die Schweiz und den Kanton Zürich zu politisch stabilen Staaten gemacht haben, in denen es sich lohnt zu leben und zu arbeiten. Dieses System mit Polarisierung und ausserparlamentarischer Opposition zu unterlaufen, bedeutet einen fundamentalen Angriff auf unser Staatswesen auf Grund reiner persönlicher Machtpolitik. Das ist unhaltbar und das ist gefährlich zugleich. Diese Politik wird von der FDP nicht mitgetragen. Direkte Demokratie verlangt Vernunft, Argumente und persönliches Engagement zu Gunsten der Allgemeinheit.

Wir genehmigen den regierungsrätlichen Voranschlag 2002 und schliessen uns der Forderung nach Namensaufruf in der Schlussabstimmung an.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Die Luft ist draussen. Aber die Lustlosigkeit am Ende dieser Budgetdebatte ist etwa gleich gross wie sie am Anfang schon war. Lustig wird es erst in einem Jahr; ich komme dann noch dazu.

Zur Beurteilung aus umweltpolitischer Sicht: Mit den 25 Millionen Franken in den Strassenfonds ist der politische Sündenfall heute eingetreten. Gleichzeitig wurde beim Natur- und Heimatschutzfonds weiter gekürzt, als die Regierung eigentlich wollte. Der ÖV wurde zwar mit 25 Millionen Franken alimentiert. Das ist aber ein klarer Wahlbedarf, der selbstverständlich ist, weil ja die Investitionen hier drin und vom Volk beschlossen worden sind oder noch werden müssen. Der Flughafen kostet entsprechend mehr. Auch dieser Kredit wurde hier drin beschlossen.

Zusammengefasst – ein Zahlenspiel: Vor der Rückweisung des Voranschlags waren 35 Millionen Franken reserviert für den ÖV-Fonds und den Natur- und Heimatschutzfonds. Heute haben wir, wenn wir die Investitionen in den Strassenfonds mit den Nationalstrassen verrechnen und den Verlust des Flughafens dazurechnen, zirka bis zu 175 Millionen Franken, die gegen die Umwelt eingesetzt werden. Diese Bilanz ist für die Grünen klar. Das allein würde schon reichen, den Voranschlag abzulehnen.

Der Kompromiss zwischen FDP und SP ist, wie angetönt, ein Sündenfall. Noch einmal – ein Nein zum Voranschlag – was ist daran so schlimm? Das Beste daran ist: Ein Nein würde den umweltpolitischen

Sündenfall verhindern. Deshalb bitte ich Sie noch einmal, dann Nein zu sagen. Die Panikmache – für wen ist denn kein Voranschlag schlecht? Richtig, es ist schlecht für den Kantonsrat als Gesamtgremium, aber vor allem für die Mehrheit oder die stärkste Partei hier drin – sprich für die SVP. Das Peinlichste wäre es aber für den Regierungsrat Christian Huber, wenn er als SVP-Finanzdirektor kein Budget hätte und die SVP dies mitverursacht hätte.

Meine Damen und Herren von der FDP und der SP, Sie hätten also überhaupt keinen Grund, heute die Kohlen für die SVP und deren Finanzdirektor aus der Grube zu holen. Und doch tun Sie es.

Ich komme zu den Gewinnern. Ein Gewinner ist sicher Balz Hösly. Er hatte gestern eine ganze «Tages-Anzeiger»-Seite, von der aber heute schon gar nichts mehr gilt. (*Heiterkeit.*) Auf der anderen Seite ist die SVP die klare Gewinnerin. Sie können heute wieder den Sparwillen demonstrieren, Sie können ihn aufrechterhalten, das Budget ablehnen, müssen aber keinen Beweis antreten und können weiterhin Wahlkampf betreiben. Eigentlich müssten Sie sich bei FDP und SP bedanken und denen ein grosses Bier spendieren. Denn damit haben diese einmal mehr für die SVP Wahlkampf betrieben. Für mich ist die SVP aber deswegen irgendwann nicht mehr wählbar. (*Heiterkeit.*) Gut, danke! Zugegeben, sie war es schon bisher nicht. Das ist auch wieder wahr.

Nein, im Ernst gesagt, solange Ernst Schibli hier drin gepoltert hat, habe ich noch ein gewisses Verständnis gehabt. Aber Hans Rutschmann kenne ich als einen sehr seriösen Politiker, den ich sehr geschätzt habe. Aber dass er jetzt in diese gleiche Kerbe einfach eins zu eins weiter schlägt, wie wenn nichts passiert wäre, nehme ich ihm auch persönlich übel. (*Unmut in den Reihen der SVP.*)

Verlierer in dieser ganzen Debatte sind die Umwelt und die Staatsfinanzen. Bei der Umwelt – ich habe es angetönt – ist klar der Sündenfall eingetreten. Aber auch zu den Finanzen ist in der ganzen Budgetdebatte kein einziger konkreter Vorschlag eingetroffen, der für den Voranschlag 2003 und folgende wirksam werden könnte.

Ich habe es schon in der Eintretensdebatte gesagt: Es haben sowohl die FDP als auch die CVP und insbesondere die SVP es verpasst, irgendeine Leistungsmotion einzureichen mit irgendeinem Auftrag, wo denn die Regierung Alternativszenarien auf den Tisch legen sollte. Das ist das Problem! Wenn wir schon ein Problem haben bei den Fi-

nanzen – und das wird sogar von unserer Seite nicht bestritten, denn auch wir hätten eigentlich lieber noch mehr Überschüsse und das Budget sähe dann besser aus – dann müssten aber irgendwelche Vorschläge auf den Tisch kommen. Pauschale Kürzungsanträge bringen es wirklich nicht!

Zur SP: Ich bin enttäuscht von der SP. Sie hat eine Kehrtwendung gemacht von der FIKO zur Ratsdebatte. Noch in der FIKO war für sie klar: Der Sündenfall sind die 25 Millionen Franken im Strassenfonds. Und heute hat die SP für mich in kürzester Zeit zum zweiten Mal Geld gesprochen gegen die Umwelt. Nach dem 300-Millionen-Kredit für die Crossair+ heute die 25 Millionen Franken im Strassenfonds als Feigenblatt, um dem Voranschlag zustimmen zu können. Ist das der neue Schmusekurs, der in der Stadt Zürich offensichtlich funktioniert hat? Meine Damen und Herren von der SP, die Mehrheiten in diesem Rat sind etwas anders als in der Stadt Zürich. Denken Sie daran, wenn es dann wieder darum geht! Wenn Sie dann versuchen, zuerst die Dämme zu sprengen und dann mit dem Fähnchen im Tal versuchen, die Wassermassen aufzuhalten, indem Sie wieder irgendwelche «Löli-Postulätchen» einreichen, um in der Umweltpolitik – sei es Flughafen, sei es öffentlicher Verkehr – etwas zu korrigieren von den grossen Millionen, die in die falsche Richtung gegangen sind, dann sind Sie auf dem Holzweg.

Zur SVP: Für mich ist an der SVP eigentlich das Doppelspiel des Finanzdirektors Christian Huber das Schlimmste. Er hat sich in dieser Budgetdebatte kaum gross geäussert, kaum gross gewehrt für einen Voranschlag. Offensichtlich muss dies der Chef der Regierung, Regierungspräsident Markus Notter tun. Er hat es auch sehr gern getan.

Ich denke aber, ein Finanzdirektor, der im nächsten Jahr wiedergewählt werden will, sollte eigentlich auch in seiner Fraktion etwas mehr für einen Voranschlag kämpfen.

Die SVP hat Vorschläge eingebracht. Ich muss jetzt schon auch bei Ihnen etwas Bilanz ziehen. Sie haben Vorschläge gebracht, die etwa 110 Millionen Franken eingespart hätten. Sie wissen ja selber, wie realistisch Ihre Vorschläge waren. Kaum betraf es Ihre eigene Direktion, hatten Sie Bisshemmungen und wollten nicht mehr so recht etwas wissen davon. Aber mit der Einlage in den Strassenfonds von rund zusätzlichen 60 Millionen Franken, die Sie eigentlich gewollt hätten, wäre Ihre Bilanz bei 50 Millionen Franken besser gewesen als das, was der Regierungsrat und die Finanzkommission Ihnen beantragt

haben. Das ist keine Meisterleistung, mit unrealistischen Anträgen 50 Millionen Franken herauszuholen, wenn Sie 800 Millionen Franken wollen. Das können Sie eigentlich niemandem verkaufen. Aber wahrscheinlich wird es Ihnen trotzdem gelingen, weil die Medien es entweder nicht so darstellen und Sie trotzdem als Gewinner dastehen, oder wenn es Ihnen gelingt, mit Inseraten das Gegenteil zu behaupten. Ich freue mich aber auf die nächste Budgetdebatte, denn die kommt ja so sicher wie das Amen in der Kirche. Im nächsten Jahr werden wir wahrscheinlich vor dem April 2003 kein Budget haben. Im April haben wir Wahlen und wer hat schon ein Interesse, vor den Wahlen ein Budget festzusetzen? Die SVP sicher nicht, denn sie wird alles ablehnen und ihre 800 Millionen oder noch mehr fordern.

Die FDP hat auch ein Problem. Sie will ja auch die Steuern senken vor den Wahlen. Es ist ja nicht Ihr Finanzdirektor. Mit anderen Worten ist es aber auch gar nicht so schlecht, denn wir haben ja dann diese Neuwahlensituation. Wenn kein Budget da ist, kommt die Neuwahl. Das heisst mit anderen Worten: Neue Regierungsräte braucht das Land! So, denke ich, müsste Ihr Motto lauten. Ihre Regierung ist offensichtlich unfähig, Ihre Forderungen umzusetzen. Es tut mir Leid, ich will jetzt hier nicht einzelne Regierungsräte persönlich angreifen, aber das wäre die Konsequenz, die Sie ziehen müssten. Oder vielleicht müsste sich die Regierung andere Kantonsräte suchen. Das wäre vielleicht die Alternative. (*Heiterkeit.*) Vielleicht wäre es ja sogar besser.

Gut, ich komme zum Schluss. Ich glaube, ich habe Bilanz gezogen aus grüner Sicht. Wir haben von Anfang an gesagt, wo wir unseren Jordan sehen – es waren die 25 Millionen Franken Strassenfonds –, aber leider ist die Verschlimmerung, die ich Ihnen angetönt habe mit der Vervielfachung dieses Kredites plus dieser Airline-Frage für uns so, dass wir aus grüner Sicht diesem Voranschlag nicht zustimmen können.

Nota bene, wenn Sie dem Voranschlag nicht zustimmen, ist er 10 Millionen Franken besser als wenn Sie ihm zustimmen. Denn wenn Sie das beschliessen, was der Regierungsrat uns beantragt, die Finanzkommission daraus gemacht und der Rat heute beschlossen hat, haben Sie eine Verschlechterung gegenüber der Finanzkommission von rund 25 Millionen Franken oder diese 10 Millionen Franken nochmals verschlechtert. Wenn Sie den Voranschlag ablehnen, haben Sie im Stras-

senfonds keine 25 Millionen Franken und im ÖV-Fonds ebenfalls nicht. Das heisst, die Bilanz ist zero, aufgehend.

Mit anderen Worten: Eine Ablehnung des Voranschlags ist immer noch besser als die Annahme. Deshalb empfehle ich Ihnen, den Voranschlag abzulehnen.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Wie schon am letzten Montag nehme ich das Wichtigste vorweg: Die CVP stimmt dem Budget mit Überzeugung zu. (*Heiterkeit.*) Wir wollen die Verantwortung übernehmen, die uns vom Volk übertragen wurde.

Wir wollen insbesondere heute diese langfädige, sehr peinliche und weit herum belächelte Budgetdebatte ein für allemal beenden. Trotzdem gilt es, die eben abgeschlossene Budgetdebatte zu analysieren, kritisch zu würdigen und auch Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Ich werde mich jedoch hüten, irgend eine Fraktion einzuteilen in gut oder schlecht. Das steht mir nicht zu. Wir sind nicht die Schiedsrichter, sondern unsere Wählerinnen und Wähler sind es. Sie sollen nächsten Frühling 2003 entscheiden, wer was richtig oder falsch gemacht hat.

Erlauben Sie mir einige sachliche Überlegungen. Unseres Erachtens war die Rückweisung des Budgets im November ein klarer Fehlschlag. Die Ziele dieser Rückweisung konnten nicht erreicht werden oder höchstens marginal. Es wäre problemlos möglich gewesen, das Budget im normalen Rhythmus, im normalen Zeitplan zu genehmigen.

Ich habe jetzt zehn Budgets erlebt. Es war immer dasselbe. Der Pegel wurde sehr hoch gehalten, sehr hoch gesteckt, und erreicht hat man in den Worten von Daniel Vischer ein «My», also mit anderen Worten wenige Millionen Franken, die jetzt besser sind. Dafür lohnen sich diese Aufregung und diese gegenseitigen Emotionen – um nicht zu sagen Beschimpfungen – wirklich nicht. Wir müssen das Denken ändern. Und wenn ich diesen Rat anschau – das ist nicht belehrend, ich bin da nicht besser – dann denke ich immer noch, dass man dem alten «Input-Denken» verhaftet ist. Institutionell meine ich, sind gewisse Mängel da. Wir wollen immer noch vorgeben, was die Regierung zu tun hat, und merken nicht, dass wir gewisse Leistungsvorgaben machen müssen. Dazu haben wir uns ja bekannt mit all diesen Änderungen. Beweis für dieses falsche Denken sind die rigorosen Sparvor-

schläge der SVP, die einfach nicht zu erfüllen sind. Auch sie müssen Vorgaben an die Regierung machen, sonst kommen wir nicht weiter.

Ich denke aber auch, dass das Rollenspiel Finanzkommission und Sachkommissionen zu überprüfen ist. Aus der Finanzkommission gingen – auf Grund der Übungsanlage, muss ich sagen – wenig Lösungsvorschläge in dieser heiklen Budgetdebatte hervor. Die ganzen Diskussionen insbesondere zur Lösungsfindung spielten sich zwischen der Fraktionschefs ab. Das zeigt eben, dass die Budgetdebatte primär eine politische Auseinandersetzung ist, was sie aber nicht primär sein sollte, sondern eine Sachauseinandersetzung.

Die Sachkommissionen haben gute Arbeit geleistet, insbesondere deren Subkommissionen. Sie wurden aber meines Erachtens zu wenig ernst genommen, ja teilweise sogar desavouiert. Wenn man herausfindet, dass wenig Sparpotenzial vorhanden ist, geht es nicht, dass andere kommen und das Gegenteil behaupten, ohne dies fundiert beweisen zu wollen. Die Sachkommissionen machen nach der Revision unseres Kantonsratsgesetzes Sinn. Aber wir müssen ihnen ihre Rolle lassen und sie nicht dauernd kritisieren oder desavouieren.

Ich komme zu den Folgerungen. Wir ersuchen die Regierung, die Zahlen – ich habe das letztes Mal schon gesagt – früher auf den Tisch zu legen. Ich weiss, dass Sie jetzt im Verzug sind auf Grund dieser Budgetdebatte 2002, die ja 2001 hätte stattfinden sollen. Trotzdem bitten wir Sie wirklich: Reagieren Sie schnell! Bringen Sie die Zahlen schnell auf den Tisch! Wir wollen im Dezember ein Budget verabschieden – Wahlen hin oder her – und wir wollen insbesondere keine «Katzenseegespräche», sondern wir wollen es ohne erledigen.

Wir geben auch klar zu bedenken, dass eine Aufwandssteigerung von wieder 8 Prozent sicher nicht möglich ist. Wir kennen die Gründe. Aber trotzdem, gehen Sie über die Bücher, damit es das nächste Mal eine ausgeglichene Rechnung geben wird. Hauruck-Sparübungen sind nicht notwendig. Wir wissen, dass das Steuerwachstum zwar etwas niedriger, aber immer noch erfreulich ausfallen wird. Und wir wissen ebenso, dass die Nationalbank auch dem Kanton Zürich wesentlich mehr ausschütten wird als bisher. Also so schlecht sind die Perspektiven nicht. Das heisst, wir können normal budgetieren, ohne Hauruck-Übung.

Ganz zentral aber ist, dass endlich Leistungsdiskussionen stattfinden. Das ist wirklich eine imperative Forderung unsererseits, Wahlen hin

oder her. Wir haben deshalb heute ein dringliches Postulat eingereicht, in dem man noch einmal ganz klar eine Überprüfung der Aufgaben und Leistungen fordert. Dieser Aufgabe müssen wir uns jetzt stellen, und zwar vor den nächsten Wahlen, denn wir kommen nicht umhin zu prüfen: Welche Leistungen braucht es? Welche nicht mehr? Was kosten sie? Und was können wir sparen? Damit ersparen wir uns solche Budgetdiskussionen.

Ein weiterer Schluss: Verkehr wird ein Dauerthema bleiben, und damit auch der Strassenverkehr. Es wird unumgänglich sein, dass das Thema Motorfahrzeugsteuer endlich auf den Tisch des Hauses kommt. Das heisst, dass wir diese Anpassungen vornehmen. Wir brauchen die Strassen, aber wir brauchen auch ein Verursacherprinzip, das dem Namen standhält.

Ich komme zum Schluss. Die CVP will so wenig Steuern als möglich, so wenig Ausgaben als möglich, aber sie will einen Kanton, der eine hohe Qualität hat. Wir haben gelesen oder gehört, dass offenbar die Stadt Zürich die lebenswerteste Stadt der Welt sei – schön, wunderbar für unsere Werbung für den Wirtschaftsstandort Zürich –, aber das wird uns etwas kosten müssen. Ich denke, es lohnt sich, dass wir zu den Besten gehören. Denken wir daran in Zukunft, wenn wir über die Finanzen reden!

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): «Da stehn wir nun wir armen Toren, haben sehr viel Zeit verloren, jeder tut einander Budget-Liedlein singen, nur weiter wird dies niemanden bringen.»

So etwa in Abwandlung hätte man sich äussern können heute Morgen noch. Allerdings ist es heute Morgen doch einen Schritt weiter gegangen. Doch zuerst der Reihe nach. Wenn wir Aufwand und Nutzen des ganzen Budgetprozesses miteinander vergleichen, ist von uns aus viel Aufwand und wenig Nutzen herausgekommen. Im Geschäftsleben wäre der Kantonsrat ein Sanierungsfall.

Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass der Staat Zürich keine privatwirtschaftlich organisierte Unternehmung ist. Er ist ein Staat, und ein Staat ist eine Solidargemeinschaft: Der Stärkere soll dem Schwächeren helfen. Dazu braucht es Steuern. Dann ist es schon ein bisschen komisch, wenn gefordert wird, der Steuerfuss müsse um 20 Prozent reduziert werden. Selbst dann, wenn man feststellt, dass dieses Ziel unerreichbar bleibt, wird daran festgehalten. Die Budget-

vorgaben 2003 der SVP lassen grüssen. Mir kommt es ein wenig vor, wie wenn man einem Hund ein Cervelat-Rädli in die Höhe hält und dann einmal schaut, wie lange es geht, bis er es schnappen kann. Er kann es dann eben nicht und gibt auf. Der Fuchs in der Fabel von La Fontaine hat dies einfacher gelöst. Er hat die zu hoch hängenden Trauben sauer gefunden und ist seines Weges gegangen. Dies haben wir heute Morgen auch getan und ich finde es richtig, dass wir uns hier zusammenraufen konnten.

Auch die EVP-Kantonsratsfraktion hat sich mit dem Budget eingehend auseinandergesetzt. Sie hat es von allem Anfang an als taugliche Grundlage erachtet, weil sie eben im Staatswesen eine Solidargemeinschaft und keine Unternehmung sieht.

Die EVP-Kantonsratsfraktion fühlt sich aber in Bezug auf das Budget nicht in die Pflicht genommen. Sie hat am 29. Oktober 2001 das Budget nicht zurückgewiesen. Sie hat erkannt, dass in der Zwischenzeit zusätzliche Aufgaben auf den Staat zugekommen sind – Aufgaben, die auch Sie immer wieder gestellt haben, sei dies beispielsweise in der Bildung, sei es die Sicherheit, sei es beim Pflegepersonal. Erinnern Sie sich bitte an die Zwischenfälle, die mit Notfällen passiert sind, welche in Spitälern nicht aufgenommen werden konnten. Alle diese Investitionen brauchen wir und alle diese Investitionen kosten eben Geld. Da sehen Sie, wie schief diese Zielvorgabe der 20-prozentigen Steuerfussenkung in der Landschaft liegt.

Die EVP-Kantonsratsfraktion hat auch nach den «Katzenseegesprächen» ihre Bereitschaft, auch zum angepassten Budget Ja zu sagen, deutlich signalisiert. Folgerichtig hat unser Vertreter in der Finanzkommission das neue Budget zusammen mit seinen Kollegen aus CVP und FDP unterstützt. Diese Unterstützung, die nun dank der Unterstützung der SP noch ein wenig grösser geworden ist, bedeutet, dass wir grossmehrheitlich Ja sagen zu einer Speisung des Strassenfonds mit 25 Millionen Franken. Wir sind auch froh darüber, dass der Fonds für den öffentlichen Verkehr mit der ursprünglichen Summe von 95 Millionen Franken dotiert werden kann. Was den Strassenfonds angeht, da habe ich letztes Mal vom «Krötenschlucken» gesprochen. Wir haben heute Morgen ein solch herziges Tierchen, inklusive Puderzucker, gesehen. Ich kann alle Tierfreunde in diesem Saal beruhigen: Das Tier wird heute Abend seine Freiheit wieder zurückerhalten. Die Pressevertreter sollen sich doch bitte bei Stefan

Dollenmeier melden. Er wird das sehr gerne vor laufenden Kameras tun, weil es ja heute Morgen nicht möglich war. (*Heiterkeit.*)

Zurück noch einmal zum Strassenfonds: Es wäre schade, wenn beispielsweise die Realisation der Glattalbahn gegen Strassenbauprojekte ausgespielt würde. Wir sehen von der EVP-Kantonsratsfraktion durchaus, dass die Strassen einen wichtigen Zweck in unserem Verkehrssystem erfüllen, dass sie unterhalten werden müssen und dass dort, wo effektiver Nachholbedarf besteht, ausgebaut wird. Aber ebenso vehement fordern wir, dass die Finanzierung auf eine gerechte Art und Weise erfolgt.

Wir wollen ein Budget! Dieser Ruf hat laut durch den Ratsaal geklungen. Alle haben ihn ausgesprochen. Auch der berühmt-berühmte Brief vom Gewerbeverband, den Balz Hösly zitiert hat, sagt es aus: Wir wollen ein Budget! Nur hat die Debatte in der Folge aufgezeigt, dass verschiedene Anliegen, denen gegenüber auch wir positiv eingestellt waren, wegen den geltenden Mehrheiten nicht erfüllt werden konnten. Wir denken dabei an die Angleichung der Studiengebühren an kantonalen Institutionen, wo die berufliche Weiterbildung gegenüber der akademischen Ausbildung benachteiligt wird. Wir denken an die Verschlechterung bei den Mindestversorgertaxen bei den Heimen. Und gerade hier hat auch wieder der ganze Kantonsrat mit der Ausnahme einer einzigen Fraktion unisono nach Verbesserung geschrien. Er hat es dann ganz heimlich, still und leise am letzten Montag begraben. Oder da war zum Beispiel die Stellenerhöhung bei der Jugendstrafrechtspflege, wo es nur um eine einzige Stelle ging. Diese Beträge hätten weniger als einen Drittel der Summe, die wir nun in den Strassenfonds eingelegt haben, ausgemacht und hätten das Budget nicht ins Negative gestürzt.

Ich komme zum Schluss – wenigstens ich: Mit dem Budget ist es so wie mit einem Schiff, das in einem Hafen liegt. Wenn es Schlagseite hat, dann kann man nicht ausfahren. Bis am letzten Montag hat es Schlagseite gehabt. Wir haben diese Schlagseite dank der Zusammenarbeit verschiedener Fraktionen ausgleichen können und können somit dieses Budget der Staatsfinanzen des Staates Zürich auf die Fahrt schicken. In diesem Sinne wünsche ich ihm eine gute Fahrt und verkünde Ihnen auch, dass die EVP-Fraktion diesem Budget zustimmen wird.

Regierungsrat Christian Huber: Ich habe die Budgetdebatte von Anfang bis Ende mitverfolgt. Heute nach gewalteter Debatte stellen sich zwei Fragen. Erstens: Sind die bisherigen Entscheide zum Voranschlagsentwurf des Regierungsrates mehrheitsfähig?

Und zweitens: Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Budgetdebatte für den Voranschlagsentwurf 2003?

Die erste Frage werden Sie in wenigen Minuten beantworten.

Ich habe in der Budgetdebatte zwei Grundhaltungen herausgehört. Die einen sind der Auffassung, der Aufwand könne und müsse in dreistelliger Millionenhöhe reduziert werden. Der Regierungsrat und die Verwaltung wüssten auch, wie dies zu bewerkstelligen wäre, sagten es aber nicht und blockten alle Sparvorschläge ab. Es wurde deshalb zum Mittel der pauschalen und linearen Kürzungen gegriffen.

Die anderen sind der Meinung, der Aufwand sei zwar stark gestiegen, der Voranschlagsentwurf des Regierungsrates sei aber im Hinblick auf den heute verbliebenen Handlungsspielraum und die Korrekturen dieses Rates mehr oder weniger befriedigend.

Was stimmt jetzt? Tatsache ist, dass Ihnen der Voranschlagsentwurf seit September und der Nachtrag seit Dezember 2001 vorliegt. Sie haben die einzelnen Budgets in den Sachkommissionen geprüft, mit den jeweiligen Direktionsvorstehern und Direktionsvorsteherinnen diskutiert und von der Verwaltung ergänzende Auskünfte eingeholt. Bei den drei aufwandstärksten Direktionen Bildung, Gesundheit sowie Soziales und Sicherheit, welche zusammen etwa 70 Prozent des Staatshaushaltes beanspruchen, haben Sie nun in den letzten Tagen bei der Sicherheitsdirektion den Aufwand um 1,8 Millionen Franken gesenkt, bei der Gesundheitsdirektion nichts geändert und den Aufwand bei der Bildungsdirektion um 4 Millionen Franken erhöht. Zusammengefasst: Bei diesen drei Direktionen, dem «Pièce de Résistance» des Voranschlagsentwurfes bezüglich des Aufwandsvolumens wurde per Saldo verschlechtert. Eine einzige Kürzung war mehrheitsfähig. Die anderen waren es nicht oder wurden zurückgezogen.

Eine Leistungsmotion hat keine Kommission eingereicht. Damit hat der Regierungsrat auch keine Hinweise erhalten, wo Gesetzesrevisionen einzuleiten wären, die dem Ziel einer Aufwandssenkung oder einer Senkung der Staatsquote dienlich und zugleich mehrheitsfähig wären. Dass der von Ihnen durchberatene Voranschlagsentwurf am

Ende der ganzen Monsterübung dennoch nicht mehrheitsfähig sein sollte, wäre mehr als nur paradox.

Zur zweiten Frage: Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Budgetdebatte für den Voranschlagsentwurf 2003? Ein Drittel dieses Rates will den Aufwand massiv senken, keine zusätzlichen Mittel für den öffentlichen Verkehr bereitstellen, aber mehr Staatsmittel in den Strassenfonds übertragen.

Ein weiteres Drittel hält weniger Aufwand für wünschenswert, hält eine kurzfristige massive Aufwandssenkung für unrealistisch, will aber auch mehr Staatsmittel in den Strassenfonds.

Das dritte Drittel akzeptiert die Aufwandssteigerung, will aber im Grundsatz keine Staatsmittel in den Strassenfonds einlegen.

Diese untereinander je unvereinbaren Positionen könnten die politischen Kräfte dieses Rates blockieren. Es sieht so aus, als wenn diese Blockade nicht eintreten würde. 2003 ist ein Wahljahr. Im kommenden Dezember 2002 ist der Steuerfuss festzusetzen. Die wirtschaftliche Situation wird die Erträge negativ beeinflussen. Die Minderheits- und Mehrheitsverhältnisse in diesem Rat werden die gleichen sein. Wenn sich also heute keine Mehrheit finden sollte, die den verfassungsmässigen Auftrag erfüllt, einen Voranschlag festzusetzen, dann spricht nichts dafür, dass dies im Dezember 2002 anders sein soll.

Im Namen des Regierungsrates bitte ich Sie deshalb, den nun beratenen Voranschlag festzusetzen.

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich), Präsidentin der Finanzkommission: Ich gehe davon aus, dass das Budget 2002 in der nun folgenden Abstimmung von einer Mehrheit des Rates gutgeheissen wird. Ich bin sehr froh, dass die Vernunft über Polemik und permanenten Wahlkampf doch noch siegen wird.

Dieser Budgetprozess hat sehr lange gedauert und sehr viel Zeit und Nerven gekostet. Er wurde zur rein politischen Auseinandersetzung. Ich bin sehr froh, dass der Kanton Zürich, einer der wenigen Kantone mit dem Höchst-Rating «Triple-A» nicht ohne Budget dastehen und der Lächerlichkeit preisgegeben wird. Für die Wirtschaft und damit den Standort Zürich wäre eine grosse Rechtsunsicherheit entstanden. Durch Studien ist aber klar belegt, dass bei Standortfragen die Rechtssicherheit noch vor der Höhe der Steuerfüsse gewichtet wird.

Alle konstruktiven Kräfte und insbesondere die Regierung muss alles daran setzen, dass sich dieses Trauerspiel nicht mehr wiederholt. Der Regierungsrat unter Federführung des Finanzdirektors Christian Huber muss Massnahmen für den Voranschlag 2003 erarbeiten. Ich bin trotz allem der Meinung, dass Gespräche – ob «Rechberg», «Katzensee» oder wie auch immer – nochmals frühzeitig aufgenommen werden müssten.

Und als Lehre sollte man sich doch fragen, ob die Regierung und der Verfassungsrat sich nicht Gedanken machen müssten, welche Vorkehrungen auf Verfassungs- oder Gesetzesstufe zu treffen sind, falls je eintreffen sollte, von dem ich nun hoffe, dass es nicht eintritt, nämlich dass wir über längere Zeit einen budgetlosen Zustand haben.

Ich bitte Sie um Gutheissung dieses Budgets.

Ratspräsident Martin Bornhauser: Damit kommen wir zur Schlussabstimmung.

Hans Rutschmann, Rafz, hat den Antrag gestellt, die Schlussabstimmung über den Voranschlag unter Namensaufruf durchzuführen.

Abstimmung

Für den Antrag, die Schlussabstimmung über den Voranschlag 2002 unter Namensaufruf durchzuführen, stimmen deutlich mehr als 30 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 30 Stimmen erreicht. Die Schlussabstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt.

Schlussabstimmung unter Namensaufruf

Für den Antrag, den bereinigten Voranschlag 2002, Vorlage 3889a, zu genehmigen, stimmen folgende 91 Ratsmitglieder:

Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Annen Ueli (SP, Illnau-Effretikon); Arnet Esther (SP, Dietikon); Attenhofer Hartmuth (SP, Zürich); Balocco Claudia (SP, Zürich); Bapst-Herzog Regina (SP, Zürich); Baumgartner Michel (FDP, Rafz); Bernasconi-Aeppli Susanne (FDP, Zürich); Bernoulli Rita (FDP, Dübendorf); Biemann Peter F. (CVP, Zürich); Bolleter-Malcom Nancy (EVP, Seuzach); Brandenberger Markus (SP, Uetikon am See); Brändli Sebastian (SP,

Zürich); Briner Lukas (FDP, Uster); Bucher Adrian (SP, Schleinikon); Buchs Hugo (SP, Winterthur); Cavegn Reto (FDP, Oberengstringen); Chanson Robert (FDP, Zürich); Dähler Thomas (FDP, Zürich); Denzler Oskar (FDP, Winterthur); Derisiotis-Scherrer Elisabeth (SP, Zollikon); Dollenmeier Stefan (EDU, Rüti); Dürr Lucius (CVP, Zürich); Egg Bernhard (SP, Elgg); Eugster-Wick Yvonne (CVP, Männedorf); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Frey-Wettstein Franziska (FDP, Zürich); Furrer Käthi (SP, Dachsen); Furter Willy (EVP, Zürich); Galladé Chantal (SP, Winterthur); Gerber Rüegg Julia (SP, Wädenswil); Germann Willy (CVP, Winterthur); Götsch Neukom Regula (SP, Kloten); Gübeli Jacqueline (SP, Horgen); Gurny Cassee Ruth (SP, Maur); Hardegger Thomas (SP, Rümlang); Hartmann Hansruedi (FDP, Gossau); Hatt Ruedi (FDP, Richterswil); Heiniger Thomas (FDP, Adliswil); Heinimann Armin (FDP, Illnau-Effretikon); Hirt Richard (CVP, Fällanden); Hollenstein Erich (LdU, Zürich); Hösly Balz (FDP, Zürich); Isler Thomas (FDP, Rüslikon); Jaun Dorothee (SP, Fällanden); Johner-Gähwiler Brigitta (FDP, Urdorf); Jud Ernst (FDP, Hedingen); Keller Ueli (SP, Zürich); Kessler Gustav (CVP, Dürnten); Kündig Jörg (FDP, Gossau); Lais Ruedi (SP, Wallisellen); Lalli Emy (SP, Zürich); Lauffer Urs (FDP, Zürich); Mäder-Weikart Regula (CVP, Opfikon); Maeder-Zuberbühler Karin (SP, Rüti); Mittaz Germain (CVP, Dietikon); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Müller Thomas (EVP, Stäfa); Munz Roland (SP, Zürich); Noser Ruedi (FDP, Hombrechtikon); Pillard Luc (SP, Illnau-Effretikon); Portmann Hans-Peter (FDP, Kilchberg); Ramer-Stäubli Blanca (CVP, Urdorf); Reber Klara (FDP, Winterthur); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Reist Walter (SP, Zürich); Riedi Anna Maria (SP, Zürich); Ruggli Marco (SP, Zürich); Rusca Speck Susanna (SP, Zürich); Sallenbach Hansueli (FDP, Wallisellen); Scheffeldt Kern Elisabeth (SP, Schlieren); Scherrer Werner (EVP, Uster); Schmid Hansruedi (SP, Richterswil); Schneebeli Hanspeter (FDP, Zürich); Schreiber Kurt (EVP, Wädenswil); Schürch Christoph (SP, Winterthur); Schwit-ter Stephan (CVP, Horgen); Spillmann Charles (SP, Ottenbach); Stirnemann Peter (SP, Zürich); Thalmann-Meyer Regula (FDP, Uster); Tresp Johanna (SP, Zürich); Troesch-Schnyder Franziska (FDP, Zollikon); Volland Bettina (SP, Zürich); Vonlanthen Peter (SP, Oberengstringen); Waldner Liliane (SP, Zürich); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Ziegler-Leuzinger Regula (SP,

Winterthur); Ziegler Sabine (SP, Zürich); Ziltener Erika (SP, Zürich); Zopfi-Joch Helga (FDP, Thalwil).

Gegen den Antrag, den bereinigten Voranschlag 2002, Vorlage 3889a, zu genehmigen, stimmen folgende 75 Ratsmitglieder:

Ackeret Rudolf (SVP, Bassersdorf); Bachmann Ernst (SVP, Wädenswil); Bachmann Oskar (SVP, Stäfa); Bachmann Ruedi (SVP, Winterthur); Badertscher Hans (SVP, Seuzach); Bär Hansruedi (SVP, Zürich); Bäumle Martin (Grüne, Dübendorf); Bergmann Adrian (SVP, Meilen); Binder Fredi (SVP, Knonau); Boder Rolf (SD, Winterthur); Bosshard Kurt (SVP, Uster); Bosshard Werner (SVP, Rümlang); Brunner Ernst (SVP, Illnau-Effretikon); Dobler Bruno (SVP, Lufingen); Duc Pierre-André (SVP, Zumikon); Egloff Hans (SVP, Aesch b. Birmensdorf); Fehr Hansjörg (SVP, Kloten); Filli Peider (AL, Zürich); Frehsner-Aebersold Rosmarie (SVP, Dietikon); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frei Hans Peter (SVP, Embrach); Furrer Werner (SVP, Zürich); Good Peter (SVP, Bauma); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Guex Gaston (FDP, Zollikon); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Heer Alfred (SVP, Zürich); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Honegger Andreas (FDP, Zollikon); Honegger Werner (SVP, Bubikon); Huber Severin (FDP, Dielsdorf); Hunziker Wanner Barbara (Grüne, Rümlang); Hürlimann Werner (SVP, Uster); Isler Ulrich (FDP, Seuzach); Jucker Johann (SVP, Neerach); Kamm Silvia (Grüne, Bonstetten); Knellwolf Ernst (SVP, Elgg); Kosch-Vernier Jeanine (Grüne, Rüslikon); Krebs Kurt (SVP, Zürich); Kübler Ueli (SVP, Männedorf); Leibundgut Jürg (SVP, Zürich); Leuthold Jürg (SVP, Aeugst a.A.); Mächler Peter (SVP, Zürich); Manser Emil (SVP, Winterthur); Mettler Christian (SVP, Zürich); Meyer Ernst (SVP, Andelfingen); Moor-Schwarz Ursula (SVP, Höri); Müller Felix (Grüne, Winterthur); Petri Gabriele (Grüne, Zürich); Püntener Toni W. (Grüne, Zürich); Ramseyer Samuel (SVP, Niederglatt); Raths Hans Heinrich (SVP, Pfäffikon); Rihs-Lanz Susanne (Grüne, Glattfelden); Rüegg Luzius (SVP, Zürich); Rutschmann Hans (SVP, Rafz); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Schneider-Schatz Annelies (SVP, Bäretswil); Stutz-Wanner Inge (SVP, Marthalen); Styger Laurenz (SVP, Zürich); Styger-Bosshard Maria (SaS, Zürich); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Toggweiler Theo (SVP, Zürich); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil);

Vischer Daniel (Grüne, Zürich); Walti Beat (FDP, Erlenbach); Weber Peter (Grüne, Wald); Weber-Gachnang Theresia (SVP, Uetikon a.S.); Wickli Hans (SVP, Dachsen); Wild Hans (SaS, Zürich); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Züblin Hans-Peter (SVP, Weiningen); Züllig Hansueli (SVP, Zürich); Züst Ernst (SVP, Horgen).

Der Stimme enthalten haben sich folgende 2 Ratsmitglieder:

Bertschi Jean-Jacques (FDP, Wettswil a.A.); Clerici Max F. (FDP, Horgen).

Abwesend sind folgende 11 Ratsmitglieder:

Achermann Christian (SVP, Winterthur); Bütler Vinzenz (CVP, Wädenswil); Fischer Hans Jörg (SD, Egg); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Jaisli Beat (CVP, Boppelsen); Marty Kälin Barbara (SP, Gossau); Mendelin Markus (SP, Opfikon); Schellenberg Georg (SVP, Zell); Stocker-Rusterholz Ernst (SVP, Wädenswil); Sutter Walter (SVP, Zürich); Walliser Bruno (SVP, Volketswil).

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen. Nicht gestimmt hat usanzgemäss der Ratspräsident.

Der Kantonsrat beschliesst mit 91 : 75 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, dem bereinigten Voranschlag 2002 des Kantons Zürich zu.

Beschluss des Kantonsrates über den Voranschlag 2002

(vom 11. März 2002)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Entwurf des Regierungsrates vom 12. September 2001 und den Antrag der Finanzkommission vom 20. September 2001,

beschliesst:

11562

I. Der Voranschlag 2002 wird wie folgt genehmigt:

Verwaltungsrechnung

Laufende Rechnung: Ertragsüberschuss von Fr. 32'368'719

Investitionsrechnung: Nettoinvestitionen von Fr. 760'191'100

Laufende Rechnung und Investitionsrechnung der unselbständigen und selbstständigen staatlichen Unternehmungen gemäss Entwurf und Nachträgen des Regierungsrates.

II. Mitteilung an den Regierungsrat

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

– **Personalreduktion**

Motion *Samuel Ramseyer (SVP, Niederglatt)*

– **ALÜB 2 (Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2. Serie)**

Postulat *Gustav Kessler (CVP, Dürnten)*

– **Raumplanerische Konsequenzen von Fluglärm-Grenzwerten**

Postulat *Ruedi Lais (SP, Wallisellen)*

– **Verwendung von Recyclingpapier in der kantonalen Verwaltung**

Postulat *Hansruedi Schmid (SP, Richterswil)*

– **Verkürzung der Wartezeiten an den Notfallstationen der Zürcher Kantonsspitäler und die Sicherstellung, dass jeder Notfallpatient aufgenommen werden kann.**

Postulat *Rolf Boder (SD, Winterthur)*

– **Neubau einer Molkerei im «Chorb» Altrheinau**

Interpellation *Inge Stutz (SVP, Marthalen)*

– **Auskünfte und Meldungen über terroristische Umtriebe**

Anfrage *Bernhard Egg (SP, Elgg)*

- **Räumliche Verlegung und Zusammenführung der regionalen Berufberatungs-Zentren (BIZ) in die Stadt Zürich**
Anfrage Hansjörg Fehr (SVP, Kloten)
- **Handhabung des Datenschutzes in Zivilstandsangelegenheiten**
Anfrage Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt)
- **«Im Schatten der Derivate»**
Anfrage Gabriele Petri (Grüne, Zürich)

Schluss der Sitzung: 17.10 Uhr

Zürich, den 11. März 2002

Die Protokollführerin:
Heidi Khereddine-Baumann

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 22. April 2002.